Städtischer Ressourcenbedarf, wirtschaftliche Entwicklung und staatliches Handeln

Die Holzversorgung Regensburgs im 18. und 19. Jahrhundert

Von Martin Knoll[1]

Als am 27. Juni des Jahres 1830 ein Sturm erheblichen Windbruch in den Staatsforsten nahe Kelheim verursacht hatte, wandte sich die Bezirksregierung des Regenkreises mit einer Offerte an den Magistrat von Regensburg, damals einer Stadt mit ca. 20.000 Einwohnern.[2] Um zu vermeiden, dass Verknappung und Spekulation die Holzversorgung der Stadt gefährdeten, so das Schreiben, solle der Magistrat ein Holzmagazin errichten und betreiben und hierfür 10.000 Klafter Holz aus den Staatsforsten bei Kelheim erhalten.[3] Der Regensburger Magistrat reagierte höflich, wenngleich wenig enthusiastisch. Zwar pries man die Errichtung eines Holzmagazins als „lange gefühltes Bedürfnis", zugleich band man die Realisierung des Projekts aber an eine Reihe von Bedingungen.[4] Der Staat solle für das Holz einen fairen Preis kalkulieren und alle Kosten und Risiken für den Transport zwischen den Kelheimer Wäldern und der Regensburger Holzlände übernehmen, wo das auf der Donau transportierte Holz angelandet wurde. Ferner meldeten die Magistratsmitglieder zusätzlichen Verhandlungsbedarf über die Modalitäten und Fristen der Bezahlung an. Sie unterstrichen die hohen Ausgaben und ökonomischen Risiken, die mit dem Kauf oder der Anmietung eines geeigneten Grundstücks und mit der Errichtung und dem Betrieb des Holzmagazins verbunden seien. Die Furcht vor einem Engpass in der Versorgung der wachsenden armen Bevölkerungsschichten mit Holz – sonst von Zeitgenossen als zentrales Argument gebraucht, um die Notwendigkeit von Holzmagazinen zu belegen – wurde von den Regensburger Magistratsherren in ein Argument gegen das Projekt gewendet:

> „Da nun die Kommun, wie der höchsten Stelle selbst bekannt ist, keineswegs in einem glänzenden Zustand sich befindet, von allen Seiten angesprochen wird und die empfindlichsten Opfer einer großen Anzahl liederlicher, arbeitsscheuer und

[1] Dieser Beitrag ist bereits in englischer Sprache publiziert: Martin KNOLL, Urban Needs and Changing Environments. Regensburg's Wood Supply from the Early Modern Period to Industrialization, in: Bulletin of the German Historical Institute Washington D. C., Supplement 3 (2006) 77–101. Er wurde für die Publikation an dieser Stelle übersetzt und geringfügig überarbeitet. Bei der Übersetzung half – zum wiederholten Male – Michael Scherm, ihm gilt deswegen mein Dank.

[2] Karl G. KICK, Städtische Sozialpolitik, in: Peter SCHMID (Hg.), Geschichte der Stadt Regensburg, Regensburg 2000, Bd. 1, 348–370, hier: S. 349.

[3] Regierung des Regenkreises, Kammer des Inneren, an den Magistrat von Regensburg, Regensburg, 14. August 1830, Stadtarchiv Regensburg (künftig: StadtAR) ZR-I 8107. Ein bayerischer Klafter fasst als Hohlmaß ca. 3,13 m^3 (rm).

[4] Magistrat von Regensburg an die Regierung des Regenkreises, Kammer des Inneren, Regensburg 18. August 1830, StadtAR ZR-I 8107.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0155-9
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

arbeitsloser Menschen Jahr aus Jahr ein bringen muß, so hat die Verwaltung alles genau und in Bezug auf das vorliegende Unternehmen um so mehr alles genau zu prüfen [...]"[5]

Tatsächlich prüften die städtischen Behörden sorgfältig. Sie hielten Ausschau nach möglichen Standorten, sie veranlassten eine genaue Erhebung der Holzmenge, die von Wirtschaft und privaten Haushalten der Stadt benötigt wurde, sie ließen das angebotene Holz in Augenschein nehmen und holten den Rat von Sachverständigen ein. Als gerade die Expertenmeinung Skepsis gegenüber dem Projekt schürte und obendrein die staatliche Seite klar die eigenen wirtschaftlichen Ziele, weniger die soziale Verantwortung für die lokale Bevölkerung als dominierende Motive für das Projekt zu erkennen gab,[6] legte die Stadt weitere Maßnahmen in der Sache zunächst auf Eis. Eine kurze Notiz des zweiten Bürgermeisters von Regensburg, Johann Wilhelm Anns (1766–1842) auf dem Regierungsschreiben schloss unmissverständlich, die Sache habe „zu beruhen, da die Comune nicht die Mittel hat, das Aerar zu bereichern."[7]

Die Rohstoffversorgung markiert einen der zentralen Faktoren, die städtisches Leben und Wirtschaften mit der geographischen, politischen und natürlichen Umwelt einer Stadt verbinden. Bis weit ins 19. Jahrhundert hinein war Holz nicht nur ein nahezu universell verwendeter Werkstoff, sondern auch der zentrale Energieträger. Die Münchener Historiker Nils Freytag und Wolfgang Piereth diskutieren, warum die Versorgung von Städten mit Holz gerade im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert als problembehaftet wahrgenommen wurde. Sie umreißen dabei verschiedene Problem- und Politikfelder, die namentlich im frühen 19. Jahrhundert der Holzversorgung von Städten ihren Stempel aufdrückten:[8] Das städtische Wirtschaften im Allgemeinen und der Holzmarkt im Besonderen waren in einen überregionalen ökonomischen Wandel eingebettet. Als Stichworte wären hier Deregulierung, Liberalisierung, das Entstehen neuer Binnenmärkte wie des 1834 gegründeten Deutschen Zollvereins und nicht zuletzt die Industrialisierung zu nennen. Auch der Prozess der Staatsbildung ließ Städte wie Regensburg nicht unberührt. Die Integration vormals unabhängiger Städte in die neuen Territorialstaaten barg Konflikte um die Kommunalverfassung und um kommunale Rechte. Im Kontext der Sozialpolitik kam es zu einem Ringen um die Verteilung staatlicher und kommunaler Zuständigkeiten im Umgang mit den Folgen von Urbanisierung, Bevölkerungswachstum und Pauperismus; Holzversorgung war hier ein Thema von enormer sozialpolitischer Bedeutung. Auch das Problemfeld Ressourcenmanagement ist hier nicht auszublenden: Welche Forstpolitik betrieben junge Territorialstaaten wie das bayerische Königreich mit ihrem umfangreichen Waldbesitz und welche Auswirkungen hatte dies auf die Holz-

[5] Ebd. Vgl. dazu: Wolfgang PIERETH, „Mitten im Holze aus Mangel an Holz kaum eine Suppe kochen können. Staatliche Forstpolitik und städtische Holzversorgung im vormärzlichen Bayern, in: Wolfram SIEMANN - Nils FREYTAG - Wolfgang PIERETH (Hg.), Städtische Holzversorgung. Machtpolitik, Armenfürsorge und Umweltkonflikte in Bayern und Österreich (1750–1850) (Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, Reihe B, Beiheft 22), München 2002, 141–154.

[6] Regierung des Regenkreises, Kammer der Finanzen, an den Magistrat von Regensburg, Regensburg, 11. September 1830, StadtAR ZR-I 8107.

[7] Ebd.

[8] Nils FREYTAG - Wolfgang PIERETH, Städtische Holzversorgung im 18. und 19. Jahrhundert. Dimensionen und Perspektiven eines Forschungsfeldes, in: SIEMANN - FREYTAG - PIERETH, Städtische Holzversorgung (wie Anm. 5) 1–8.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0156-5
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

versorgung der Städte? Die gerade im späten 18. Jahrhundert allgegenwärtige Diskussion um eine vermeintliche oder tatsächliche „Holznot" spielt hier herein – und sorgt noch heute unter Historikern, Forst- und Umweltgeschichtlern für lebhafte Debatten.[9] Auch die Diskussion der Zeitgenossen über den Einsatz von Brennholzsubstituten gehört in diesen Kontext und erinnert – mit Verlaub – an die aktuellen Versuche, der Abhängigkeit vom immer knapperen und teureren Erdöl zu entkommen.

Im Folgenden soll am Regensburger Beispiel die Entwicklung der städtischen Holzversorgung im späten 18. und 19. Jahrhundert analysiert werden. Just dieser Zeitraum forcierten politischen wie gesellschaftlichen Wandels in Europa äußerte sich im lokalen Kontext Regensburgs unter anderem in dem Umstand, dass die Stadtverfassung drei Stadien durchlief, von der Freien Reichsstadt über die fürstliche Residenzstadt hin zur Landstadt in einem der neuen Territorialstaaten auf dem Boden des untergegangenen Reiches. Jedes dieser Stadien brachte unterschiedliche Rahmenbedingungen für den Zugriff der Stadt auf die Ressource Holz hervor. Wie die Politik der lokalen Verantwortlichen hierauf reagierte, soll ebenso analysiert werden wie die überlieferte Diskussion über das Ressourcenmanagement, die sich aus den in vielerlei Hinsicht sich wandelnden städtischen „Umwelten" speiste.

1. Grundlagen und Rahmenbedingungen

Regensburg liegt am Nordrand des bayerischen Donautals. In der Region südlich der Donau mit ihren fruchtbaren Böden und ihrem milden Klima besitzt der Ackerbau lange Tradition, während nur ein kleinerer Teil der Flächen bewaldet ist. Am Nordufer der Donau, nordöstlich Regensburgs, erstrecken sich die Ausläufer des Bayerischen Waldes, eines von Wald dominierten, klimatisch eher benachteiligten Mittelgebirges. Die im Norden der Stadt sich anschließende Oberpfalz besitzt eine lange, weit in vorindustrielle Zeit zurückreichende Tradition von Erzbergbau und Metallerzeugung,[10] die diese Gegend für den Holzexport wenig prädestinierte. Beide Flüsse, die in Regensburg zusammenfließen, Donau und Regen, waren für die Holzversorgung der Stadt von zentraler Bedeutung. Auf der Donau flussabwärts wurde Holz aus weiter westlich gelegenen Gegenden, vor allem aus den Wäldern um Kelheim, nach Regensburg transportiert. Flussaufwärts erreichte die Stadt Holz aus den Wäldern nahe Wörth und Donaustauf. Der fast 200 Kilometer lange Regen verbindet Regensburg mit den umfangreichen Waldungen des Bayerischen Waldes. Als Floß- und Triftgewässer spielte er deswegen im 18. und 19. Jahrhundert eine wichtige Rolle. Zwischen dem ausgehenden 18. Jahrhundert und der Mitte des 19. Jahrhunderts waren es weniger Veränderungen der geographischen als vielmehr Wandlungen der politischen Rahmenbedingungen, die Regensburgs Beziehungen zu seiner Umwelt mit stets neuen Vorzeichen versahen. Dementsprechend sah sich die Stadt mit jeweils stark veränderten Voraussetzungen für ihr Ressourcenmanagement konfrontiert.

[9] Als vorläufiges Fazit dieser Forschungskontroverse: Bernd-Stefan GREWE, Der versperrte Wald. Ressourcenmangel in der bayerischen Pfalz 1814–1871 (Umwelthistorische Forschungen Bd. 1), Köln u. a. 2004, 26–33.

[10] Vgl. Dirk GÖTSCHMANN, Oberpfälzer Eisen. Bergbau und Eisengewerbe im 16. und 17. Jahrhundert (Schriftenreihe des Bergbau- und Industriemuseums Ostbayern in Theuern, Bd. 5), Theuern 1985.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0157-1
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Die freie Reichsstadt des 18. Jahrhunderts beherbergte den „Immerwährenden Reichstag", besaß darüber hinaus aber kaum überregionale Bedeutung. Während dieser Zeit beherrschte die Stadt nur einen kleinen Burgfrieden ohne jeden Wald.[11] Vollständig umgeben vom Kurfürstentum Bayern, einem stets missgünstigen Nachbarn, konnte die Reichsstadt weder eigene Wälder bewirtschaften noch auf einen unbehinderten Holztransport auf der Donau zurückgreifen.

Während der napoleonischen Herrschaft wurde Regensburg Hauptstadt eines nur kurze Zeit existierenden Fürstentums. Resultierend aus Säkularisierungen kontrollierte die Residenzstadt nun ein mit Wäldern gut ausgestattetes Territorium. Beeinflusst von zeitgenössischen ökonomischen Ideen ging die Regierung des Fürstprimas Karl Theodor von Dalberg sogar davon aus, dass man über mehr Wald verfügte als für die städtische Versorgung notwendig und beschloss eine Reduzierung der Waldfläche.[12] Man verfolgte damit zwei Ziele: erstens Gewinnung zusätzlicher Flächen für die landwirtschaftliche Produktion und zweitens Einsatz des Ertrages aus dem Holzverkauf zur Finanzierung von Projekten der fürstlichen Wirtschaftspolitik. Nach schweren Kriegsschäden an der Stadt im April 1809 waren vordringliche Bedürfnisse des Wiederaufbaus maßgeblich für das städtische Ressourcenmanagement.

1810 gelangte Regensburg an das nunmehrige Königreich Bayern. In den Quellen dieser Zeit finden sich die Spuren zahlreicher zentraler Problemfelder der Stadt-, Wirtschafts- und Umweltgeschichte des 19. Jahrhunderts. Es zeigt sich der Konflikt zwischen den wirtschaftlichen Ambitionen des Staates einerseits und den sozialpolitischen Forderungen der Kommunen andererseits, die beide aus dem umfangreichen staatlichen Waldbesitz abgeleitet wurden.[13] Es zeigen sich die auch andernorts ergriffenen Bemühungen, wachsender Probleme durch eine Verbesserung von Holztransport und Holzhandel Herr zu werden. Auch die Einführung energiesparender Techniken sowie der Abbau und die Einfuhr greifbarer Brennholzsubstitute (Torf, Braunkohle) treten in den Quellen zu Tage. In der Korrespondenz des Regensburger Magistrats mit anderen Städten werden Probleme der Holzversorgung diskutiert. Hier wird Holz als begrenzte und die wirtschaftliche Entwicklung begrenzende natürliche Ressource sichtbar, die vielerorts erst durch die Anbindung an das Eisenbahnsystem und in der Folge an die überregionale Steinkohleversorgung ersetzt werden konnte. Im Regensburg des 19. Jahrhunderts tritt freilich eine zweite, komple-

[11] Martin KNOLL, Regensburg, der Reichstag, der Kurfürst und das Holz. Aspekte eines Ressourcenkonflikts um städtischen Bedarf, reichspolitische Repräsentation und territoriale Wirtschaftspolitik im späten 18. Jahrhundert, in: SIEMANN - FREYTAG - PIERETH, Städtische Holzversorgung (wie Anm. 5) 39–54. Zwei Ansichten Regensburgs, die Samuel Friedrich Schmieder (1691–1771) im Jahre 1725 gemalt hat, zeigen die Stadt in einer von Offenland dominierten Umgebung. Schmieders Gemälde sind abgedruckt in: Peter SCHMID - Klemens UNGER (Hg.), 1803 – Wende in Europas Mitte. Vom feudalen zum bürgerlichen Zeitalter, Regensburg 2003, 377. Eine 1765 von Jacob Sebastian Püchler angefertigte Karte des Regensburger Burgfriedens verdeutlicht, dass jeglicher Wald jenseits der Burfriedensgrenzen lag. Reproduktion der Karte in: SCHMID, Geschichte der Stadt Regensburg, Bd. 2 (wie Anm. 2) Farbtafel 6. Zur Entwicklung des Burgfriedens und zu den um die Burgfriedensgrenzen entstandenen Konflikten vgl. Alois SCHMID, Regensburg. Historischer Atlas von Bayern. Altbayern 10, München 1995, 147–151.

[12] Michael SCHERM, Zwischen Fortschritt und Beharrung. Wirtschaftsleben und Wirtschaftspolitik im Regensburg der Dalbergzeit (Studien zur neueren Geschichte 3), St. Katharinen 2003, 242–246.

[13] Zur bayerischen Politik vgl. PIERETH, Mitten im Holze (wie Anm. 5) 148–152.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0158-7
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

mentäre Tendenz zu Tage: Handel, Umschlag und Verarbeitung von Holz markierten hier auch einen Faktor, der die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt stimulierte.[14]

2. *Städtische Holzversorgung in der historischen Forschung*

Über Jahrzehnte hinweg schenkte die historische Forschung Fragen der Holzversorgung nur geringe Aufmerksamkeit. Während A. H. Cole im Jahre 1970 den Brennholzhandel in den Vereinigten Staaten des 19. Jahrhunderts noch als „economic activity in need of a historian" bezeichnete, versuchte Joachim Radkau zu erklären, warum speziell die Holzversorgung europäischer Städte im vorindustriellen Zeitalter lange nicht im Zentrum wissenschaftlichen Interesses stand.[15] Stadtgeschichtliche Forschung, so die Annahme Joachim Radkaus, habe sich auf Untersuchungsgegenstände innerhalb der Stadtmauern konzentriert und die zentrale Bedeutung städtischer Einbindung in Handels-, Nahrungs-, Ver- und Entsorgungsnetzwerke übersehen. Politische Geschichtsschreibung und Forstgeschichte dagegen hätten sich vornehmlich für den modernen Territorialstaat (und dessen Forstverwaltung) als vermeintlichen Gewinner des politischen, sozialen und ökonomischen Transformationsprozesses des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts interessiert.[16] 1993 forderte der amerikanische Umwelthistoriker Martin Melosi dazu auf, den ökologischen Aspekt der Stadtgeschichte stärker zu berücksichtigen: „What remains to be done is: First, broaden the work of the internalist scholars to extend the study of growth, infrastructure, and pollution well beyond the city limits, and second, coax the scholars of humans and the natural world in the cities."[17] Offenbar fand sein Aufruf auf beiden Seiten des Atlantik Gehör. Die dritte internationale Konferenz zur Stadtgeschichte 1996 nahm die städtische Energieversorgung in den Blick.[18] In diesem Kontext unternahm Joachim Radkau den schon erwähnten Versuch, das „Rätsel der städtischen Brennholzversorgung" dadurch zu lösen, verschiedene Stadttypen im Hinblick auf die Situation zu definieren, in der die Städte ihre Versorgung zu organisieren hatten.[19] Während das vergangene Jahrzehnt allge-

[14] Vgl. Eva-Maria HAMMER, Die Holztrift auf dem Regen. Die Bedeutung des Holztransports auf dem Regen für die Entwicklung der nördlichen Vororte Regensburgs im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Donau-Schiffahrt 4 (1987) 77–91.

[15] A. H. COLE, The Mystery of Fuel Wood Marketing, in: Business History Review 44 (1970) 339–359, hier: 359; Joachim RADKAU, Das Rätsel der städtischen Brennholzversorgung im „hölzernen Zeitalter", in: Dieter SCHOTT (Hg.), Energie und Stadt in Europa. Von der vorindustriellen ‚Holznot' bis zur Ölkrise der 1970er Jahre / Energy and the City in Europe. From Preindustrial Wood-Shortage to the Oil Crisis of the 1970s, Stuttgart 1997, 43–75, hier: 44–46.

[16] 1979 diskutierte eine erste deutsche Konferenz Fragen der Ver- und Entsorgung in der Stadtgeschichte. Rudolf Kieß' Beitrag zur städtischen Holzversorgung blieb freilich der bis dahin vorherrschenden forstgeschichtlichen Sicht verhaftet, wonach das frühmoderne Chaos der Waldnutzung von der erfolgreichen Forstpolitik und dem Ressourcenmanagement abgelöst worden sei, die der Zentralstaat nach 1800 garantiert habe. Vgl. Rudolf KIESS, Bemerkungen zur Brennholzversorgung von Städten, in: Jörgen SYDOW (Hg.), Städtische Versorgung und Entsorgung im Wandel der Geschichte, Sigmaringen 1981, 77–98, hier: 98.

[17] Martin V. MELOSI, The Place of the City in Environmental History, in: Environmental History Review (Frühjahr 1993), 1–23, hier: 19.

[18] SCHOTT, Energie und Stadt in Europa / Energy and the City in Europe (wie Anm. 15).

[19] RADKAU, Rätsel (wie Anm. 15) 48–61, unterscheidet als situativ bedingte Stadttypen Städte, die auf umfangreichen eigenen Waldbesitz zurückgreifen konnten, Städte deren geographische Lage die Zufuhr großer Holzmengen auf dem Wasserwege erlaubte, Städte als

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0159-5
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

mein eine wachsende Bedeutung der umwelthistorischen Perspektive in der stadtgeschichtlichen Forschung erlebt hat,[20] widmet sich ein seit dem Jahre 2000 am historischen Seminar der Universität München angesiedeltes Projekt der „Holzversorgung als kommunale[r] Aufgabe. Stadt und Wald im 18. und 19. Jahrhundert". Eine in diesem Zusammenhang 2001 veranstaltete Konferenz nahm den zeitlichen Fokus der Jahre zwischen 1750 und 1850 und den regionalen Schwerpunkt Süddeutschlands und Österreichs in den Blick, um Städte unterschiedlicher geographischer wie rechtlicher Rahmenbedingungen zu vergleichen.[21]

Der Cottbuser Technik- und Umwelthistoriker Günther Bayerl transplantierte den oft bemühten Koselleckschen Epochenbegriff der „Sattelzeit"[22] in die umwelthistorische Diskussion. Bayerl charakterisierte das 18. Jahrhundert und dessen zunehmend ökonomisch geleitete Sicht auf die Natur als Sattelzeit, die die mentale Basis für neue Dimensionen der industrialisierten Ausbeutung geschaffen habe, wie sie im späten 19. und 20. Jahrhundert realisiert worden seien.[23] Der regionale Befund der Regensburger Holzversorgung regt zu der Frage an, inwieweit man nicht auch in Hinsicht auf die Umweltgeschichte europäischer Städte vom späten 18. und vom 19. Jahrhundert als einer Phase des Übergangs, einer „Sattelzeit" sprechen kann. Der Umgang der Stadt mit den großen politischen, sozialen und ökonomischen Transformationsprozessen dieser Periode kann nicht losgelöst von Fragen der Ressourcenversorgung und vom städtischen Blick auf natürliche Ressourcen diskutiert werden. Es treten Aktions- und Reaktionsmuster zutage, die althergebrachte Problemlagen und Handlungsstrategien mit neuen Herausforderungen und innovativen Antworten verbinden. Die nun folgende Analyse der Regensburger Entwicklungen orientiert sich an einem so gelagerten Fragehorizont. Sie nimmt ihren Anfang im 18. Jahrhundert, einer Zeit, in der sich Regensburg – zumindest ihr reichsstädtischer Teil – wohl recht trefflich als „Stadt ohne Hinterland" schildern lässt.

3. Stadt ohne Hinterland: Die Reichsstadt im 18. Jahrhundert

Über Jahrhunderte hinweg hatte die frühneuzeitliche Reichsstadt Regensburg unter ihrer Insellage im bayerischen Territorium zu leiden. Die bayerischen Herzöge

Standorte von Montanindustrie bzw. Salzproduktion und Städte, die – etwa als Residenzstadt – über die Machtbasis verfügten, die sie umgebende Region und deren natürliche Ressourcen zu kontrollieren. KIESS, Bemerkungen (wie Anm. 16) 79, hatte bereits eine allgemeinere Typologie eingeführt. Er verfolgte drei Leitaspekte der städtischen Holzversorgung: die Ressourcen, die rechtlich bestimmte Möglichkeit, diese Ressourcen zu nützen, und das Problem des Transports.

[20] Zu Ansätzen und Forschungsstand vgl. aktuell: Dieter SCHOTT - Bill LUCKIN - Geneviève MASSARD-GUILBAUD (Hg.), Resources of the City. Contributions to an Environmental History of Modern Europe (Historical Urban Studies), Aldershot-Burlington 2005; Christoph BERNHARD, Umweltprobleme in der neueren europäischen Stadtgeschichte, in: DERS. (Hg.), Environmental Problems in European Cities in the nineteenth and twentieth Century / Umweltprobleme in europäischen Städten des 19. und 20. Jahrhunderts, Münster u. a. 2001, 5–23; Joel A. TARR, Urban history and environmental history in the United States: complementary and overlapping fields," in: EBD., 25–39.

[21] SIEMANN - FREYTAG - PIERETH, Städtische Holzversorgung (wie Anm. 5).

[22] Reinhart KOSELLECK, Einleitung, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hg. von Otto BRUNNER - Werner CONZE - Reinhart KOSELLECK, Bd. 1, Stuttgart 1972, XV.

[23] Günther BAYERL, Die Natur als Warenhaus. Der technisch-ökonomische Blick auf die Natur in der Frühen Neuzeit, in: Reinhold REITH - Sylvia HAHN (Hg.), Umwelt-Geschichte. Arbeitsfelder, Forschungsansätze, Perspektiven, Wien-München 2001, 33–52, hier: 50.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0160-6
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

hatten den Verlust ihrer früheren mittelalterlichen Metropole niemals wirklich akzeptiert. Wenig verwundern können deswegen die steten Versuche, die Stadt – sei es mit politischem, sei es mit ökonomischem Druck – wieder an sich zu binden.[24] Wegen dieser Rahmenbedingungen und wegen der außergewöhnlich geringen Ausdehnung des reichsstädtischen Burgfriedens, war die Versorgung der Stadt mit Holz wie mit landwirtschaftlichen Produkten ein latenter Krisenfaktor der städtischen Entwicklung.[25] Regensburgs Bauamt, das auch für die Holzversorgung verantwortlich zeichnete und das den Holzhandel organisierte, konnte nur innerhalb eines minimalen Handlungsspielraumes agieren. Dieser war im späten 18. Jahrhundert offensichtlich so weit geschrumpft, dass die Behörde den eigenen Handel mit Bauholz einstellte.[26] Die Behinderung oder Blockade der Einfuhr von Getreide oder Holz gehörte zum wiederholt angewandten Instrumentarium der bayerischen Politik gegenüber der Reichsstadt, sei es während des Dreißigjährigen Krieges, sei es im 18. Jahrhundert.[27] In der Mitte des 18. Jahrhunderts sah sich Regensburg von einem Ring neu errichteter sogenannter Beimauten, Nebenstellen der Haupt-Mautämter, umgeben. Die 1765 eingeführte neue kurbayerische Maut- und Akziseordnung brachte weitere zollrechtliche Behinderungen.[28] 1768 errichtete die kurbayerische Seite am Regenufer unweit der Mündung den Reinhausener Holzgarten. Dort musste fortan der Großteil des für Regensburg bestimmten Holzes angelandet werden und konnte nicht länger an der zentral gelegenen reichsstädtischen Holzlände ausgeladen werden.[29] Nicht nur die Reichsstadt selbst, auch der hier ansässige Reichstag, seine Gesandten und deren Haushalte waren von den Bayerischen Restriktionen betroffen, was der Causa eine reichspolitische Dimension verlieh. Die Situation eskalierte im Zuge des großen Zollkonflikts von 1771/1772, und es bedurfte erheblichen reichspolitischen Drucks auf Bayern, um eine Lockerung der Sperrenpolitik zu erreichen.[30]

Die Existenz einer Stadt ohne Hinterland prägte das Leben in Regensburg in vielerlei Hinsicht. Im 18. Jahrhundert wurde sogar für Kutschenfahrten außerhalb der engen Burgfriedensgrenzen eine „Promenadensteuer" fällig.[31] Man kann davon aus-

[24] Peter SCHMID, Ratispona metropolis Baioariae. Die bayerischen Herzöge und Regensburg, in: SCHMID, Geschichte, Bd. 1 (wie Anm. 2) 51–101.

[25] Der von Gumpelzhaimer ohne genaue Datierung (wohl im 17. Jahrhundet) erwähnte Ankauf des Ameldorfer Waldes von „dem Herrn Moller von Heitzenhofen" scheint daran wenig geändert zu haben, zumal auch dieser Wald sich nicht im Burgfrieden befand. Dazu: Christian Gottlieb GUMPELZHAIMER, Regensburg's Geschichte, Sagen und Merkwürdigkeiten von den ältesten bis auf die neuesten Zeiten, Bd. 3, Regensburg 1838 [Neudruck Regensburg 1984], 1325.

[26] „Übersicht der Stadt-Bauamts-Functionen als Beantwortung der von der kurerzkanzlerischen hohen Landeskommission diesseitiger Behörde vorgelegten Fragen", Regensburg 1802, StA Amberg, Fürstentum Regensburg Geheime Kanzlei 83.

[27] Rainer GÖMMEL, Die Wirtschaftsentwicklung vom 13. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg, in: SCHMID, Geschichte, Bd. 1 (wie Anm. 2) 478–506, hier: 488; Wilhelm KALTENSTADLER, Bayerische Zollverfassung und Zollpolitik 1769–1777, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 30 (1967) 654–730; Roland SCHÖNFELD, Studien zur Wirtschaftsgeschichte der Reichsstadt Regensburg im achtzehnten Jahrhundert, in: VHVO 100 (1959) 5–147, hier: 32–41.

[28] KNOLL, Regensburg (wie Anm. 11) 40–42.

[29] EBD., 48–51.

[30] KALTENSTADLER, Zollverfassung (wie Anm. 27) 662–675.

[31] Michael KUBITZA, Regensburg als Sitz des Immerwährenden Reichstags, in: SCHMID, Geschichte, Bd. 1 (wie Anm. 2) 148–162, hier: 153.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0161-2
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

gehen, dass Bewohner der Reichsstadt, wenn sie sich mit Holz versorgten, weit weniger oft in direkten Kontakt mit Wald oder Förstern kamen als mit den Amtsträgern der kurbayerischen Zoll- und Mautadministration. Und dass der Kontakt mit Letzteren ein mit Risiken behaftetes Unterfangen darstellte, wird aus den Beschwerden ersichtlich, die die Reichsstadt an den bayerischen Kurfürsten Max III. Joseph (1745–1777) richtete.[32] So kaufte ein Regensburger Wagner 1767 von einem Bauern im Umland einen Eichenstamm und zahlte dafür 3 fl. (= Gulden; 1 fl. = 60 x.). Nach der bayerischen Maut- und Akziseordnung wären für den Stamm bei der Ausfuhr aus Bayern (i. e. Einfuhr in die Reichsstadt) 58 x. (Kreuzer), also knapp ein Drittel des Kaufpreises, an Zollabgaben fällig geworden. Nun hatte man den Stamm, um den Transport zu erleichtern, dreigeteilt. Folglich verlangte der Kumpfmühler Beimautner 2 fl. 56 x., also das Dreifache und fast 100 % des Kaufpreises als Maut, worauf das Geschäft platzte, der Bauer mit seinem Holz, der Wagner aber mit leeren Händen heimkehrte.[33] Als sich die Regensburger Wagner 1765 mit ihren Bitten um Holz an den Regensburger Bischof wandten, dessen Staufer und Wörther Waldungen ja unweit der Stadt, freilich ebenfalls getrennt durch bayerisches Territorium, lagen, betonten sie, sie könnten ihren Bedarf von nirgendwo her sonst decken.[34] Jeder wusste zu dieser Zeit, wo „nirgendwo sonst" lag. Doch nicht nur die kurbayerische, auch die fürstbischöfliche Regierung verfolgte in Sachen Holz eine Politik zunehmender Exporterhemmnisse gegenüber der Reichsstadt – und dies obwohl ihre eigenen Förster attestierten, dass die bestehenden Exportvolumina der Entwicklung des bischöflichen Waldes nicht schadeten.[35]

Im Sommer 1768 machte der Schreiner Gottfried Ziegler Erfahrungen mit den bayerischen Mautnern, die den oben geschilderten seines Kollegen aus dem Wagnerhandwerk 1767 recht ähnelten: Ziegler hatte in Vohburg 103 Eichenbretter gekauft und für diese vom Vohburger Pfleger einen Mautschein zur Freipassierung erhalten.[36] Dennoch wurde der Transport in Abbach vom dortigen Mautamt aufgehalten. Ziegler durfte das Holz nicht in die Stadt importieren und wurde auf den kurbayerischen Holzgarten im fernen Lechhausen bei Augsburg bzw. auf den Schongauer Holzhändler Anton Ott verwiesen. Ähnlich war es den Regensburger Küfern bereits vor ihm ergangen. Doch was war der Grund für die Abbacher Mautner, den Holzexport zu unterbinden? Und wieso verwiesen sie auf ein Holzmagazin in mehr als 100 km Entfernung? Die Antwort liegt in der kurbayerischen Wirtschafts- und Zollpolitik, die einem merkantilistischen Programm folgte und die Eckart Schremmer als „Waldschutzpolitik" apostrophiert hat.[37] Aus diesen Antrieben heraus hatte das Kurfürstentum in der Mitte des 18. Jahrhunderts ein System der strikten Exportkontrolle von Holz errichtet, das sich nicht nur gegen Regensburg richtete. Schon

[32] KNOLL, Regensburg (wie Anm. 11) 45.

[33] EBD.

[34] Eingaben bei der bischöflichen Administration: Magistrat an Bischof Clemens Wenzeslaus, 2. Februar 1765, HStA München, Thurn und Taxis Abgabe 1974 30–1/70; Leonhardt Himler an die bischöfliche Hofkammer 12. Februar 1773 (praes.), Th. u. T. Abg. 31–2/8; Johann Conradt Heuerfeldt an die bischöfliche Hofkammer, undatierte Kopie, vor 9. Februar 1774, Th. u. T. Abg. 31–2/10.

[35] Forstamt Donaustauf an die bischöfliche Hofkammer, Donaustauf, 25. Januar 1786, HStA München Th u. T. Abg. 30–1/82.

[36] KNOLL, Regensburg (wie Anm. 11) 45.

[37] Eckart SCHREMMER, Die Wirtschaft Bayerns vom hohen Mittelalter bis zum Beginn der Industrialisierung, München 1970, 548.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0162-8
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

1748 war der Lechhausener Holzgarten gegründet worden, um sowohl die Holzversorgung der Reichsstadt Augsburg als auch den Holzhandel auf dem Lech zu kontrollieren. Der Lech mündet in die Donau und ist damit, was das Holz angeht, Teil des wichtigsten naturräumlich vorgegebenen Transportweges aus Bayern heraus und in Richtung Österreich/Wien.[38] Der oben genannte Schongauer Holzhändler Anton Ott erhielt ein Privileg für den Handel mit „Taufelholz", also Eichenholz, wie es für die Herstellung von Fässern benötigt wird. Ein Vertrag aus dem Jahre 1768 gab Ott das Monopol auf den Handel jeglichen Eichen-Werkholzes („Schnitt- und Taufelholz"). Die klare Intention der kurfürstlichen Administration war es, den Holzhandel aus seinem regionalen Kontext zu lösen und einen zentralisierten Kontrollmechanismus über alle relevanten Aktivitäten im Lande zu schaffen. Eine kleine und ohnehin wenig geliebte Enklave wie Regensburg passte nur schlecht in eine derartige Wirtschafts- und Ressourcenpolitik des Territorialstaats.

Doch man kann sich fragen, ob nicht jenseits der stets prekären Ressourcenversorgung das Fehlen von Hinterland und v. a. das Fehlen von Wald das städtische Leben noch weitergehend beeinflussten. Die Hamburger Dissertation von Hans Walden macht am Beispiel der Hansestadt deutlich, in wie vielschichtigen Beziehungen städtisches Leben und Wald standen und stehen.[39] Kann man aus den verfassungs- und besitzrechtlichen Verhältnissen der Reichsstadt Regensburg, die anders als die Klöster und der Bischof praktisch keinerlei Besitz außerhalb des waldlosen Burgfriedens hatte, auf eine Entfremdung der Bevölkerung von Wald und Holz schließen? Geht man zu weit, wenn man in den politisch bedingten Regensburger Verhältnissen des 18. Jahrhunderts bereits eine Blaupause der modernen Entfremdung urban lebender Menschen von den Ursprüngen natürlicher Ressourcen erkennt? Zumindest gestaltete sich das Verhältnis der meisten Regensburger zum Holz nicht primär als Erfahrung der Nutzung von Wald sondern zuallererst als Erfahrung von Knappheit eines nachgefragten Produkts und Versorgungsproblemen. Und es gibt hier neben der materiellen auch eine räumliche Dimension zu beachten. Spazierengehen, Erholung und Freizeit im Wald gehörten erwiesenermaßen bereits zum Alltag des mittelalterlichen und frühmodernen Stadtbewohners, lange vor der Waldromantik des 19. Jahrhunderts, die oft als Reflex auf Industrialisierung und Urbanisierung verstanden wird.[40] Bereits der rege Ausflugsverkehr von Nürnbergern aller sozialen Schichten in den nahen Reichswald im 14. Jahrhundert zeigt den Bedarf an und die Nutzung von solchen Naherholungsmöglichkeiten. Außerhalb der Nürnberger Stadtmauern entwickelten die, die es sich leisten konnten, eine blühende barocke Gartenkultur – und wurden dabei von den städtischen Forstbehörden kontrolliert.[41] Der Ulmer Reisende Samuel Kiechel beschreibt 1586 die

[38] KNOLL, Regensburg (wie Anm. 11) 40 f.

[39] Vgl. Hans WALDEN, Stadt – Wald. Untersuchungen zur Grüngeschichte Hamburgs, Hamburg 2003.

[40] Vgl. EBD., 393–401.

[41] Gerhard HIRSCHMANN, Nürnberger Gartenkultur im Barockzeitalter, in: Bernhard KIRCHGÄSSNER - Joachim B. SCHULTIS (Hg.), Wald, Garten und Park. Vom Funktionswandel der Natur für die Stadt, Sigmaringen 1993, 35–50. Zwar gab es im 18. Jahrhundert auch in Regensburgs Zwingern private Gärten, doch dürfte deren Dimension dem Vergleich mit den Nürnberger Anlagen nicht annähernd standgehalten haben; vgl. Katharina KELLNER, Pesthauch über Regensburg. Seuchenbekämpfung und Hygiene im 18. Jahrhundert (Studien zur Geschichte des Spital-, Wohlfahrts- und Gesundheitswesens 6), Regensburg 2005, 178.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0163-4
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Freizeitaktivitäten der Stralsunder Bevölkerung im stadtnahen Wald folgendermaßen:

> „Nahe an der Stadt hat es einen schönen Wald von Eichen und anderen großen Bäumen. In demselbigen gibt es sehr viel Tische, wohin in der Sommerszeit das Volk von Frauen und Männern, junge Gesellen und Jungfrauen täglich spazieren. Sie essen draußen und haben allerlei Kurzweil mit Tanzen und anderer Wollust. Es hat auch ungefähr inmitten des Holzes ein schönes großes Haus, in dem man Bier verkauft."[42]

Die Regensburger Verhältnisse waren hiervon vermutlich um einiges entfernt. Im späten 18. Jahrhundert hatte die größte Konzentration von Bäumen im reichsstädtischen Territorium nicht die Form eines Waldes sondern die der vom Reichsprinzipalkommissar Carl Anselm von Thurn und Taxis 1779 gestifteten Allee.[43] Entlang des äußeren Verlaufs der Stadtmauern pflanzte man zwischen 1779 und 1785 in zwei parallelen Linien rund 1500 Bäume. Bürger und Rat der Stadt drückten ihre Dankbarkeit gegenüber dem Stifter „ob additum urbi ambulationis publicae" in einer Medaille aus.[44] Freilich haben nicht nur Medaillen zwei Seiten: Nicht alle Regensburger waren von der Allee gleichermaßen begeistert. Katharina Kellner weist darauf hin, dass das Projekt nicht konfliktfrei realisiert werden konnte, weil es sozial niedrigere Schichten von angestammten Nutzungsformen wie der des Weidens von Ziegen oder des Aufhängens von Wäsche ausschloss.[45] Schon im 17. Jahrhundert hatte das reichsstädtische Bauamt auf den Donau-Wöhrden und am Jakobertor Bäume zur Schaffung von Erholungsflächen gepflanzt. Gumpelzhaimer berichtet, dass man hierzu in den Jahren 1653 und 1654 junge Linden, Erlen, Nussbäume und Eichen aus dem bereits erwähnten Ameldorfer Forst holte.[46] Auf dem Oberen Wöhrd legte man 1654 man eine dreireihige Allee an, 1779 pflanzte man auf dem Unteren Wöhrd 100 Eichen, 1781 setzte man dort in drei Reihen 27 Eichen.[47] Mit der Anlage von Alleen, die Hans Walden als öffentliches „Erholungsgrün mit punktueller Waldillusion" etikettiert, griffen die Regensburger nicht gestaltend in außerstädtische Natur- oder Kulturlandschaft ein, sondern sie schufen die grünen Elemente einer sekundären unbanen Umwelt.[48] Und selbst dies konnte nicht auf der Basis der eigenen natürlichen Ressourcen der Stadt geschehen. Als die Regensburger Küfer ihrer Stadt 1783 mehrere hundert Weiden stifteten, mussten diese aus Nürnberg eingeführt werden.[49]

[42] Zit. nach WALDEN, Stadt – Wald (wie Anm. 39) 394.

[43] Eugen TRAPP, Beziehungs- und Grenzfragen. Regensburger Stadtbaugeschichte zwischen Aufklärung und Vormärz, in: Peter SCHMID - Klemens UNGER (Hg.), 1803. Wende in Europas Mitte (wie Anm. 11) 281–338, hier: 291–294. Zur Entwicklung öffentlicher Grünflächen in Regensburg zwischen dem 17. und dem 19. Jahrhundert vgl. Peter MORSBACH, Untersuchungen zur städtebaulichen Entwicklung Regensburgs in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: VHVO 131 (1991) 145–149.

[44] Zit. nach TRAPP, Beziehungs- und Grenzfragen (wie Anm. 43) 292. Vgl. auch: GUMPELZHAIMER, Regensburg's Geschichte (wie Anm. 25) 1693f.

[45] KELLNER, Pesthauch (wie Anm. 41) 180–182.

[46] GUMPELZHAIMER, Regensburg's Geschichte (wie Anm. 25) 1326.

[47] GUMPELZHAIMER, Regensburg's Geschichte (wie Anm. 25) 1695; KELLNER, Pesthauch (wie Anm. 41); TRAPP, Beziehungs- und Grenzfragen (wie Anm. 43) 287.

[48] WALDEN, Stadt – Wald (wie Anm. 39) 400, führt mit Blick auf Alleen des 18. Jahrhunderts aus: „So wenig hier natürlich von Erholungswald gesprochen werden kann, so doch von einem öffentlichen Erholungsgrün mit punktueller Waldillusion."

[49] TRAPP, Beziehungs- und Grenzfragen (wie Anm. 43) 287. Die in der Bauamtschronik 1779

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0164-9
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

4. *Zuviel Wald? Stadt und Wald im Dalberg-Fürstentum*

Mit dem Regierungsantritt des Fürstprimas Karl Theodor von Dalberg 1802/03 erlebte Regensburg eine Institutionalisierung des Zugriffs auf Wald. Zumindest nahm nun eine Forstverwaltung als Teil der fürstprimatischen Zentralbehörden ihre Arbeit auf. Die Regelungen des „Reichsdeputationshauptschlusses" 1803 schufen für Dalberg, der zuvor Erzbischof und Kurfürst von Mainz und damit auch der Erzkanzler des Reichs gewesen war, einen neuen Herrschaftsbezirk, der im wesentlichen aus den Fürstentümern Regensburg und Aschaffenburg sowie der Grafschaft Wetzlar bestand. Das Regensburger Fürstentum beinhaltete sowohl die Reichsstadt als auch das frühere Fürstbistum und die ehemaligen Reichsklöster.[50] In seinem neuen Regensburger Territorium sah sich Dalberg mit drei grundlegenden Faktoren konfrontiert: Er übernahm eine bankrotte Stadt mit einem Schuldenberg von rund 1,5 Millionen Gulden;[51] er bekam aber auch das alte Fürstbistum mit seinem umfangreichen Waldbesitz. Letzterem maßen Dalberg und sein kameralistisch gesonnenes Umfeld großes wirtschaftliches Potenzial zu.[52] Als dritter bestimmender Faktor schlug freilich das geographische Handicap zu Buche, dass Regensburg noch immer von bayerischem Territorium umgeben war, während die bayerischen Versuche, Regensburg einzugliedern, weitergingen.[53]

Dalbergs Regierung folgte einem strikt rationalistischen und reformorientierten politischen und ökonomischen Programm, in dem die Konsolidierung der Staatsfinanzen an erster Stelle stand.[54] Hierzu sollten effiziente Verwaltungsstrukturen geschaffen und die Wirtschaftskraft des Territoriums gesteigert werden. Diesem Konzept geschuldet, erregten die rund 51.000 Tagwerk Waldbesitz besonderes Interesse bei Dalberg und seiner neuen Forstverwaltung.[55] Den ökonomischen Prinzipien der jungen Forstwissenschaft folgend,[56] wurde der Wald vermessen und

erstmals erwähnte städtische Baumschule konnte diese Pflanzen offensichtlich nicht liefern; KELLNER, Pesthauch (wie Anm. 41) 178.

[50] Reichsdeputationshauptschluss § 25, in: Hanns H. HOFMANN (Hg.), Quellen zum Verfassungsorganismus des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation 1495–1815 (Freiherr vom Stein Gedächtnisausgabe 13), Darmstadt 1976, 344 f. Einen kurzen Überblick zum Dalberg-Fürstentum bietet Jürgen Nemitz, Zwischen Reich und Bayern. Das Fürstentum Dalberg, in: Schmid, Geschichte, Bd. 1 (wie Anm. 2) 285–298.

[51] SCHERM, Fortschritt (wie Anm. 12) 213.

[52] „Beschreibung des Fürstentums Regensburg im Jahre 1808 in nationalökonomischer und finanzieller Hinsicht" § 20: „In dem Domäneneigentum des Fürstenthums Regensburg ist die Staatswaldung, welche von Stauf bis Straubing das Ufer der Donau begränzt, die schönste Perle.", zit. nach SCHERM, Fortschritt (wie Anm. 12) 186, Anm. 712.

[53] „Bemerkungen über die geographisch-topographische Lage des immediaten Territoriums des Fürstenthums Regensburg nebst Vorschlägen zu einer künftig zu bestimmenden Grenze", Regensburg, 4. Oktober 1803, StA Amberg Fsm. Rgbg. Geh. Kanzlei 254.

[54] Vgl. SCHERM, Fortschritt (wie Anm. 12) S. 186–205.

[55] 26.650 Tagwerk dieses Waldbesitzes lagen im Dalberg-Territorium, der Rest war über verschiedene Regionen verteilt, die unter bayerischer Herrschaft standen. Vgl. dazu das Gutachten des Forstkommissars Oelschläger, Regensburg, 1. Juni 1804, StA Amberg Fsm. Rgbg. Geh. Kanzlei 155. Ein Tagwerk entspricht 0,343 Hektar.

[56] Autoren wie Georg Ludwig Hartig (1764–1837) und Heinrich Cotta (1763–1844) gelten als Gründergeneration der Forstwissenschaft in Deutschland. Sie bauten sowohl auf dem traditionellen empirischen Wissen der „wild- und holzgerechten" Förster und Jäger als auch auf dem wissenschaftlichen Handwerkszeug auf, das an den zeitgenössischen kameralwissenschaftlichen Fakultäten gelehrt wurde. Ihr Ziel war es, die wissenschaftliche Basis für eine Ra-

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0165-5
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

taxiert, und der neu eingesetzte Forstkommissar Oelschläger sammelte die notwendigen Daten für ein Gutachten über die fürstlichen Waldungen und ihre künftige Organisation.[57] Die Anschaffung eines Forstlehrbuchs für die fürstprimatischen Förster lässt sich in den Quellen ebenso belegen wie der Ankauf von Forstsaatgut in Tirol.[58] Zwar orientierte die Dalberg-Regierung das Management ihrer Wälder an strikt ökonomischen Verwertungsinteressen, doch verlor sie dabei die allgemeineren volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen (traditionelle Nießbrauchrechte der ländlichen Bevölkerung, die Bedürfnisse der regionalen Landwirtschaft und die städtische Holzversorgung) nicht aus den Augen. Das Beispiel der Entnahme von Laubstreu für landwirtschaftliche Zwecke[59] verrät freilich eine gewisse Naivität der Regierenden gegenüber den Erfordernissen der Ressourcennutzung im ländlichen Alltag. Während Oelschläger zugestand, dass auf den Transfer von Laubstreu aus dem Wald nicht verzichtet werden konnte, problematisierte Dalberg die möglichen negativen Folgen für das Waldwachstum und bestand darauf, dass eine solche Entnahme nur dort zu geschehen habe, wo der Wind das Laub in Senken aufgehäuft habe.[60] Was die Holzversorgung der Residenzstadt betrifft, zielte die Politik der Regierung offensichtlich auf einer Harmonisierung der fiskalischen Interessen des Staates mit denen des Holzhandels und der städtischen Holzabnehmer. Als die Regierung eine Erhöhung der Forsttaxe („Stammrecht") für Holz plante, das aus den Staufer und Wörther Wäldern nach Regensburg und Straubing verkauft wurde, machte Oelschläger einen sorgfältigen Überschlag aller Kosten, die aus der Fällung der Bäume, dem Transport bis zur Donau, der Verladung und dem Wassertransport, der Entladung, aus innerstädtischen Transporten u. a. m. entstanden.[61] Seine Kalkulation macht deutlich, dass er sich nicht nur für den potenziellen Profit des Staats aus einer Abgabenerhöhung interessierte, sondern auch die möglichen Auswirkungen auf den Regensburger Holzhandel in seine Überlegungen mit einbezog.[62] Daher

tionalisierung der Forstnutzung zu legen und die Ausbildung der Förster zu professionalisieren. Im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert wurden in verschiedenen deutschen Territorien Forstakademien eröffnet, die Forstwissenschaft als Gegenstand der höheren Bildung lehrten. Siehe dazu: Karl HASEL - Ekkehard SCHWARTZ, Forstgeschichte. Ein Grundriss für Studium und Praxis, Remagen ^{3}2006, 333–351.

[57] Gutachten des Forstkommissars Oelschläger, Regensburg, 1. Juni 1804, StA Amberg Fsm. Rgbg. Geh. Kanzlei 155. Ein Papier des Staatsrats Benzel, Regensburg, 23. Juli 1803, kommentiert Oelschlägers Gutachen. Mehrfach bezieht Benzel sich darin auf die forstökonomischen Prinzipien von Georg Ludwig Hartig. Zur Biographie Hartigs und seiner Position in der zeitgenössischen Forstwissenschaft vgl. auch: Kurt MANTEL - Joseph PACHER, Forstliche Biographie vom 14. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Bd. 1, Hannover 1976, 250–259.

[58] HStA München Th. u. T. Abg. 29–1/55. Forstkommissar Oelschläger berichtet am 19. bzw. 22. April 1807, dass die Forstbehörde im Herbst 1806 bei Wilhelm Nagel in Saalfelden (Tirol) Saatgut bestellt habe und dass vier Pfund Eschensamen, zwei Pfund Zirbensamen und 54 Pfund Lerchensamen geliefert worden seien, die nun in Baumschulen aufzuziehen waren, HStA München Th. u. T. Abg. 29–1/49.

[59] Die Entnahme von Laubstreu aus den Wäldern und dessen Verbringung auf die Anbauflächen bzw. dessen Einstreu in Ställe war unverzichtbare Voraussetzung für die vormoderne Landwirtschaft, die bis zur Erfindung des Kunstdüngers mit einer ungeheuren „Düngerlücke" zu kämpfen hatte.

[60] Gutachten Oelschlägers, Regensburg, 1. Juni 1804, und Dalbergs Kommentar dazu, Aschaffenburg, 1. August 1804, StA Amberg Fsm. Rgbg. Geh. Kanzlei 155.

[61] „Vortrag", Regensburg, 2. Januar 1807, HStA München Th. u. T. Abg. 29–1/44.

[62] Oelschläger zufolge betrug die Forsttaxe für Buchenscheiter in den Donaustaufer Wäldern

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0166-1
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

schlug er eine nur minimale Erhöhung der Abgabe für Nadelholz, mit dem die Regensburger Händler ohnehin nur eine minimale Gewinnmarge erzielen konnten, dafür aber eine deutlichere Anhebung beim Buchenholz vor.[63]

Letztendlich überwog aber der ökonomische Wert des Waldes als fiskalische Ressource seine Rolle in der sozialen Daseinsvorsorge. Das spektakulärste Projekt der Dalberg-Regierung in der Nutzung der staatlichen Wälder wurde in der Instruktion für die ebenfalls neu geschaffene „Kommerzien-Deputation" vom Dezember 1808 skizziert. Wald sollte in erheblichem Umfange gerodet, die frei werdende Fläche landwirtschaftlich genutzt und der Ertrag aus dem Holzverkauf zur Haushaltskonsolidierung sowie zur Finanzierung eines wirtschaftspolitischen Anreizsystems verwendet werden. Die programmatischen Passagen seien hier kurz zitiert:

> „§ 1: Emerentissimus sind überzeugt, daß es wichtig und nothig ist, für das Wohl Ihrer guten Stadt Regensburg die Betriebsamkeit Ihrer Professionisten in einem Zeitpunckt zu beleben, in welchem Verdienst und Wohlstand durch Aufhebung des Reichstags und Stockung des Zuflusses von fremden Geld vermündert worden und zu gleicher Zeit das Mauthsistem von Baiern allen Handel und Wandel mit benachbarten Orten erschweret.
>
> § 2: Die Hauptsache bestehet darinn, die Betriebsamkeit der hiesigen Professionisten zu wecken, sie durch Prämien in die Möglichkeit zu versetzen, durch Zeugnisse ihres Fleises und Geschicklichkeit wohlfeiler als ander Gegenden und Städte zu verkaufen und dadurch in ihrer Handlung einen zwackmäsigen Zug zu verschaffen [...].
>
> § 3: Bei der Ausführung solcher Unternehmung ist vor allem die Geldquelle ausfindig zu machen, durch welche die Prämien Kassa gebildet werden kann.
>
> So wichtig die Waldungen sind, in so weit sie die nöthige Feurung denen Inwohnern verschaffen und die Mittel einns ansehenlichen und nutzlichen Holzhandels an Handen geben, eben so gewiß ist es auch, dass dieses unverhältnismäßig wahr ist, dass wenn ein Staat mehr Waldungen hat als zu den Bedürfnüssen seiner Inwohner erforderlich ist, er als denn zweckmäsig handelt, wenn er diejenige Waldungen abtreibt, in Wiesen, Ackerfeld und Bauernhöfe umschafft, welche schicklich dazu gelegen sind und einen fruchtbaren Boden haben. [...]"[64]

Die Instruktion geht davon aus, dass das Fürstentum Regensburg über 50.000 Morgen[65] Wald verfügt. Die Bevölkerung des Fürstentums wird auf 26.000 geschätzt. Nun wird für jeden Einwohner ein durchschnittlicher Holzbedarf von einem halben Klafter Hartholz und einem Klafter Weichholz inklusive der entsprechenden Menge an „Abwurf-, Reissig-, Wellen-, Wurtzelholz" veranschlagt. Eine weitere

2 fl. 45 x. per Klafter, während der in Regensburg bezahlte Durchschnittspreis in Regensburg 1806 8 fl. 16 4/5 x. betrug. In Abhängigkeit von unterschiedlichen Einflussfaktoren konnte die Gesamtsumme von Kosten und Abgaben 3 fl. 46 x. erreichen und damit den möglichen Gewinn der Händler in Regensburg auf 1 fl. 45 ⅓ x. begrenzen. Der mögliche Gewinn aus dem Handel mit Nadelholz betrug sogar nur 5 ⅓ x.

[63] Oelschläger schlug vor, dass das Stammrecht für einen Klafter Buchenscheiter von 2 fl. 45 x. auf 3 fl. und dasjenige auf Buchen-„Prügel" von 1 fl. auf 2 fl. erhöht werden sollte; dagegen sollte die Erhöhung auf Nadelholz lediglich 6 x. von 2 fl. auf 2 fl. 6 x. betragen.

[64] Instruction, Kop., exped. Regensburg, 21. Dezember 1808, StA Amberg Fsm. Rgbg. Geh. Kanzlei 25.

[65] 1 Morgen maß in Bayern gleich einem Tagwerk 0,343 ha und dürfte in der Instruktion äquivalent zum Tagwerk gebraucht worden sein. Vgl. Walter DEMEL, Reich, Reformen und sozialer Wandel (Gebhardt Handbuch der Deutschen Geschichte 12), Stuttgart [10]2004, 359.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0167-7
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Annahme des Papiers ist, dass ein Morgen Wald einen halben Klafter Hartholz und einen Klafter Weichholz pro Jahr liefern könne. Im Ergebnis hält man eine Waldfläche von 25.000 bis 26.000 Morgen für ausreichend, um die Einwohner des Fürstentums mit Holz zu versorgen. Alle darüber hinaus gehenden Wälder stehen zur Dispostion. Nun werden noch verschiedene Faktoren einbezogen, die einer Reduzierung von Waldfläche entgegenstehen konnten, so etwa auf den Wäldern lastende Holzrechte, schlechter „Anpflug", Lagen, die für landwirtschaftliche Nutzung nicht geeignet sind, z.B. steile Hanglagen und nordexponierte Flächen. All dies führt zur Annahme, dass ein Fünftel der Waldfläche, also 10.000 Morgen, gerodet und in landwirtschaftliche Nutzfläche umgewandelt werden konnte. Über zehn Jahre hinweg sollte eine jährliche Flächenreduzierung von 1000 Morgen erfolgen. Davon versprach man sich eine Steigerung der staatlichen Forsteinnahmen von jährlich 40.000 fl. auf 100.000 fl. und zusätzlichen landwirtschaftlichen Ertrag auf den frei werdenden Flächen. Die Kommerzien-Deputation sollte den Holzverkauf und – daraus finanziert – ein System der Prämierung und Exportförderung für Regensburger Gewerbeprodukte organisieren. Die Rodung sollte in Teilen des „Frauenholzes" bei Kelheimwinzer beginnen.[66] Inhaber dortiger Holzrechte sollten in den verbleibenden Wäldern entschädigt werden. Auch die Regierung des Nachbarstaats Bayern musste man von der Maßnahme informieren – und überzeugen –, da das „Frauenholz" auf bayerischem Territorium lag.[67]

Aus den Quellen wissen wir, dass mit der Rodung tatsächlich begonnen wurde. Doch der Krieg verhinderte die vorgesehene Verwendung des Holzes. Am 23. April 1809 wurden Teile des von österreichischen Truppen besetzten Regensburg durch eine Kanonade napoleonischer Truppen schwer beschädigt und gingen in Flammen auf. 135 Häuser wurden dabei zerstört.[68]

Unter diesen Umständen kam das Holz aus dem „Frauenholz" bei Kelheim naheliegender Weise nicht der Gewerbeförderung zugute; die gesamte Holzernte wurde für den Wiederaufbau der zerstörten Quartiere verwendet.[69] Aufgrund der kriegerischen Ereignisse und aufgrund des Übergangs Regensburgs an Bayern im Jahre 1810 ist es nicht möglich, das langfristige Potenzial der Dalbergschen Politik zu beurteilen, die die Rodung von Wäldern in den Dienst der Wirtschaftsförderung stellte. Und doch erlauben die geschilderten Entwicklungen Schlüsse über die Beziehung zwischen der Stadt und den regionalen Wäldern unter dem Einfluss der Dalbergschen Politik zu ziehen. Das städtische Gewerbe bildete den zentralen Gegenstand in Dalbergs wirtschaftspolitischer Konzeption. Die Bewirtschaftung der regionalen Wälder wurde unter strikt rationalistischen und ökonomischen Vorzeichen reorganisiert. Genau wie das landwirtschaftlich geprägte Hinterland, hatte der Wald den fiskalischen Bedürfnissen des Staates und der urbanen Wirtschaftsentwicklung zu dienen. Die Stadt konnte unter diesen Vorzeichen von einer relati-

[66] „Commissorium für den fürstl. Domainen- und Forstrath Aschenbrüher", Regensburg, 1. Januar 1809, StA Amberg Fsm. Rgbg. Geh. Kanzlei 25.

[67] Staatsminister Frhr. v. Albini erhielt den Auftrag, mit Bayerns erstem Minister Frhr. v. Mongelas in Kontakt zu treten. Albini sollte im Gespräch mit ihm u.a. darauf hinweisen, dass der Plan zeitgenössischen bayerischen Bestrebungen zum Verkauf von Staatswald durchaus ähnlich sei. Note, exped. Regensburg 3. Januar 1809, StA Amberg Fsm. Rgbg. Geh. Kanzlei 25.

[68] Trapp, Beziehungs- und Grenzfragen (wie Anm. 43) 317–318.

[69] Dalberg/Geheime Konferenz an Kommerziendeputation, exped. Regensburg, 18. Dezember 1809, StA Amberg Fsm. Rgbg. Geh. Kanzlei Nr. 25.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0168-2
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

ven sicheren Holzversorgung profitieren, wenngleich die bayerischen Restriktionen noch immer ein gewisses Hindernis für das Holz auf seinem Weg in die Stadt bedeutete.

5. Landstadt, Territorialstaat und Holzmarkt: Regensburgs Holzversorgung im frühen 19. Jahrhundert

Nichts deutet darauf hin, dass die ambitionierten Pläne Dalbergs von den bayerischen Behörden fortgeführt worden wären; auch scheinen die spezifischen Bedürfnisse der Regensburger Holzversorgung beim bayerischen Staat weniger Aufmerksamkeit erfahren zu haben als unter der Herrschaft des Fürstprimas. Die eingangs dieses Aufsatzes erwähnten Dokumente über die Verhandlungen zur Errichtung eines Holzmagazins in den 1830er Jahren zeugen von einem Ringen zwischen Staat und Stadt um Verantwortung und Kompetenzen in der städtischen Holzversorgung. Die staatliche Initiative, die diese Vorgänge ins Laufen brachte, wurde zwar verbal in die Formulierung einer paternalistischen Sorge um die Versorgungssicherheit der Stadt und ihrer Bevölkerung eingekleidet. Im Kern ging es aber darum, mit der Stadt Regensburg einen regionalen Abnehmer für die großen Holzmengen zu gewinnen, die nach einem Unwetterereignis im Staatswald angefallen waren. Während noch das erste Reskript der Regierung des Regenkreises – Kammer des Inneren – die Möglichkeit erwähnt, dass der Staat das Magazin notfalls auch in eigener Regie errichten und betreiben könne, wenn die Stadt den nötigen Grund zur Verfügung stelle,[70] äußerte sich die Regierungskammer der Finanzen, in deren Zuständigkeit die Forstverwaltung fiel, weniger entgegenkommend. Einzig die Abgabe des Holzes um die Forsttaxe (also nicht den Marktpreis) und Ratenzahlung war man bereit den Regensburgern zuzugestehen.[71] Auch der Hinweis, dass in den Staatswäldern nach Aufarbeitung und Verkauf des Sturmholzes für mehrere Jahre kein Holz geerntet und vermarktet werde, macht deutlich, dass man staatlicherseits einer marktwirtschaftlichen Logik folgte: Nach einem unwetterbedingten Überangebot an Holz verknappt der Staat die abgegebene Holzmenge und beeinflusst damit die Preisentwicklung.

Man sollte in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass der Staat in vielen Ländern des Deutschen Bundes wichtigster Teilnehmer am Holzmarkt war und nicht nur eine Institution, die die gesetzlichen Rahmenbedingungen für das Marktgeschehen setzte bzw. deren Einhaltung überwachte. In vielen deutschen Territorien des 19. Jahrhunderts war der Staat der größte Waldbesitzer und hatte damit ein Defacto-Monopol auf der Angebotsseite inne. Der Konstanzer Historiker Bernd-Stefan Grewe hat die bayerische Forstpolitik in der zwischen 1816 und 1940 zu Bayern gehörenden Rheinpfalz untersucht. Er kommt zu dem Schluss, dass im 19. Jahrhundert das Motiv des wirtschaftlichen Gewinns für das Handeln der Staatsforstverwaltung wichtiger gewesen sei als das der sozialen Verantwortung.[72] Die Forstverwaltung setzte zunehmend auf Auktionen, um bessere Erträge zu erzielen, und glich ihre Preispolitik dem privaten Holzhandel an. Dennoch sieht Grewe für seinen Untersuchungsraum keine Hinweise darauf, dass Verknappung bewusst als Instrument zur Preissteigerung eingesetzt worden sei. Dagegen ist es der Regens-

[70] Regierung des Regenkreises, Kammer des Inneren, an den Magistrat von Regensburg, Regensburg, 14. August 1830, StadtAR ZR-I 8107.

[71] Regierung des Regenkreises, Kammer der Finanzen, an den Magistrat von Regensburg, Regensburg, 26. August 1830, StadtAR ZR-I 8107.

[72] GREWE, Der versperrte Wald (wie Anm. 9) 345–367.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0169-1
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

burger Magistrat, der im Jahre 1837 genau diesen Vorwurf erhob: „Unverhältnismäßiges Einhalten" der privaten und öffentlichen Waldbesitzer bei der Holzproduktion nach den Windbruchjahren von 1829 bis 1834 wird in einem Bericht als einer der Gründe für die steigenden Holzpreise genannt.[73]

Im Jahre 1830 waren die städtischen Entscheidungsträger noch nicht bereit, das ökonomische Risiko der Errichtung eines kommunalen Holzmagazins zu tragen, um die Holzversorgung der städtischen Bevölkerung zu sichern. Man habe, so die Argumentation, an der Regensburger Holzlände mit einem Preisniveau von 4 fl. 39 x. pro Klafter im freien Handel zu konkurrieren. Das Angebot der Regierung hatte für die Abgabe von Holz aus dem Frauenholz bei Kelheim eine Forsttaxe von 2 fl. 42 x. per Klafter vorgesehen und angegeben, dieses Holz könne an der Regensburger Holzlände für 5 fl. 30 x. bis 6 fl. abgesetzt werden.[74] Dagegen kam eine zur Besichtigung des Holzes entsandte Magistratskommission zu dem Ergebnis, das Holz sei „äußerst schwär" und lasse sich in Regensburg wohl kaum für mehr als 4 fl. verkaufen.[75] Überdies seien die Wege im Frauenholz in schlechtem Zustand, was die Transportkosten in die Höhe treibe. Zuletzt wurde bemängelt, dass die Klafter „sehr durchsichtig aufgerichtet" seien. Die Kommission empfahl, dass der Staat nicht nur eine niedrige Forsttaxe festsetzen, den Transport bis zur Regensburger Holzlände übernehmen und Ratenzahlungen ermöglichen solle. Auch das für die Einfriedung des Holzmagazins erforderliche Palisadenholz wollte man von staatlicher Seite geliefert wissen.[76] Das Gutachten eines Holzhändlers, das nur mit der Initiale „M." unterzeichnet ist, verstärkte das Misstrauen des Magistrats noch. Polemisch stellte der Fachmann fest, dass der Staat bei diesem Handel nur gewinnen, die Stadt aber nur verlieren könne.[77] Ihm zufolge war der Holzabsatz für den Staat mit keinerlei Risiko verbunden. Der Staat sei bereits im Besitz des Holzes, könne kostengünstigere Transportmöglichkeiten organisieren und den Transport effizienter gegen Diebstahl sichern. Schließlich war es die Finanzkammer der Regierung des Regenkreises, die ohne Umschweife die staatlichen Prioritätensetzungen formulierte: „Die dießfalls angebothenen Bedingungen sind solcher Art, daß dabey nicht der Vortheil des Aerars, sondern jener der hiesigen Bevölkerung vorherrschend seyn dürfte."[78] Die nicht weniger dezidierte Reaktion des Regensburger zweiten Bürgermeisters Johann Wilhelm Anns darauf wurde bereits auf der zweiten Seite dieses Aufsatzes zitiert. Dies bedeutete das vorläufige Aus für die Planungen eines städtischen Holzmagazins.

Betrachtet man die gesamtbayerische Entwicklung dieser Zeit, gewinnt man den Eindruck, dass der Staat während der folgenden Jahre zu keiner klaren politischen Linie in Sachen städtischer Holzversorgung gelangen konnte. Die Frage der städtischen Holzversorgung im deutschen Vormärz stand in engem Zusammenhang mit

[73] Bericht des Regensburger Magistrats an die Regierung des Regenkreises, Kammer des Inneren, Regensburg, 20. September 1837, StadtAR ZR-I 8107.

[74] Regierung des Regenkreises, Kammer der Finanzen, an den Magistrat von Regensburg, Regensburg, 26. August 1830, StadtAR ZR-I 8107.

[75] „Anmerkungen" (Zettel, Anlage zum Kommissionsbericht), StadtAR ZR-I 8107.

[76] Magistrat von Regensburg an die Regierung des Regenkreises, Kammer der Finanzen, Regensburg, 7. September 1830, StadtAR ZR-I 8107.

[77] „Gutachten über die Anlegung eines Holz-Magazins", Regensburg, 29. August 1830, StadtAR ZR-I 8107.

[78] Regierung des Regenkreises, Kammer der Finanzen, Regensburg, 11. September 1830, StadtAR ZR-I 8107.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0170-2
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

den politischen Spannungen nach der französischen Märzrevolution von 1830, den ökonomischen Auswirkungen der 1834 installierten Freihandelszone des Zollvereins und dem Bevölkerungswachstum vieler Städte.[79] Angesichts des vielerorts drastischen Preisanstiegs für Brennholz erinnerten viele Autoren der zeitgenössischen Publizistik den Staat an seine Verantwortung für die Existenzsicherung der Armen. Wolfgang Piereth hat in diesem Zusammenhang die wichtige Feststellung gemacht, dass Holz das einzige überlebenswichtige Gut war, das sich in größerem Maßstab in den Händen des Staates befand.[80] Und tatsächlich machte man sich in München Sorgen um die politische Instabilität, die aus der Brennholzproblematik erwachsen konnte. Es wurde eine Kommission aus Ministerialbeamten und Fachleuten gebildet und ein Beauftragter für die Bekämpfung der Holzteuerung ernannt, der Ministerialrat in Innenministerium, Franz Berks.[81] Die neuen Funktionsträger sollten den Holzmarkt überwachen. Die Bezirksregierungen mussten Instruktionen für die bessere Bewirtschaftung der Gemeindewälder und die Verbesserung der Holzversorgung verbreiten. Auch war es Aufgabe der Bezirksregierungen, von den Kommunen Berichte anzufordern, in denen die Bewirtschaftung der Kommunalwälder, unternommene Schritte zur Holzeinsparung und die regionalen Möglichkeiten der Einführung von Brennholzsubstituten zu dokumentieren waren.

Die Korrespondenz zwischen der Regierung des Regenkreises und dem Regensburger Magistrat zeigt, wie wenig die bürokratische Initiative des Staates spezifische regionale Gegebenheiten berücksichtigte. So gab die Bezirksregierung im Herbst 1830 auch an die Regensburger Obrigkeit die Weisung der Münchener Zentralregierung weiter, dass mit der Holzernte in den Kommunalwäldern früher begonnen und diese intensiviert werden solle. Auch gab man den kommunalen Behörden die Weisung dafür zu sorgen, dass die Armen mit Holz zu erschwinglichen Preisen versorgt würden.[82] In seiner Antwort konnte der Magistrat darauf verweisen, dass die Stadt über keinerlei Gemeindewald verfügte und man billiges Holz daher nicht ohne die Hilfe der staatlichen Behörden und aus den nahegelegenen Staatswäldern anbieten könne.[83] Ein zweites Dekret von 1837 gab bereits ein Bündel von Anweisungen zur sofortigen Umsetzung: Suche und Ausbeutung lokaler Vorkommen von Torf, Braunkohle und Steinkohle, Einführung energiesparender Herde und Öfen, Einführung öffentlicher Gemeinschaftsbacköfen für Bäcker, wo nötig Einführung von

[79] Vgl. PIERETH, Mitten im Holze (wie Anm. 5) 43 f. Ein Edikt des Jahres 1837, das durch die Bezirksregierung mit Schreiben vom 7. September 1837 an den Regensburger Magistrat weitergeleitet wurde, nennt folgendes Ursachenbündel für den aktuellen Preisanstieg für Holz: Bevölkerungsanstieg, einen durch den Zollverein erweiterten Markt, die ungewöhnlich lange anhaltenden niedrigen Temperaturen der vorangegangenen Winter und die „unrichtige Bewirthschaftung der meisten Gemeinde- und Privatwaldungen", Regierung des Regenkreises, Kammer des Inneren, an den Magistrat von Regensburg, 7. September 1837, StadtAR ZR-I 8107.

[80] PIERETH, Mitten im Holze (wie Anm. 5) 144.

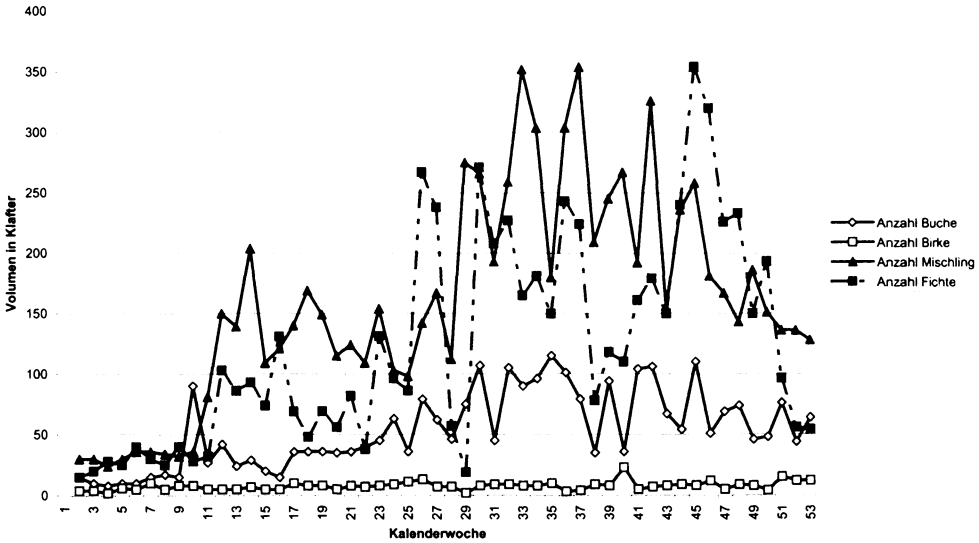
[81] EBD.; Piereth bezeichnet diese Reaktion der Münchener Ministerialbürokratie als „umfassend und typisch zugleich".

[82] Regierung des Regenkreises, Kammer des Inneren, an den Magistrat von Regensburg, Regensburg, 11. November 1830, StadtAR ZR-I 8107.

[83] Magistrat von Regensburg an Regierung des Regenkreises, Kammer des Inneren, Regensburg, 16. November 1830, StadtAR ZR-I 8107. Die Bezirksregierung ihrerseits konterte dieses Argument mit dem Hinweis darauf, dass Regensburg nicht auf die o.g. staatliche Offerte bezüglich der Anlage eines Holzmagazins eingegangen sei und der Magistrat nun selbst mit der Situation fertig werden müsse. Regierung des Regenkreises, Kammer des Inneren an den Magistrat von Regensburg, Regensburg, 6. Januar 1831, StadtAR ZR-I 8107.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0171-8
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Abb. 1: Holzhandelsvolumen in Regensburg 1830 nach dem „Intelligenzblatt für den Regen-Kreis“



Holzmärkten und weitere Maßnahmen gegen Zwischenhandel und „absichtliche“ Teuerung.[84] Die Stadt war angehalten, bereits binnen acht Tagen über die Implementierung der Maßnahmen zu berichten.

Die Antwort des Magistrats lässt keine gesicherten Aussagen darüber zu, ob es sich bei der städtischen ‚Holznot‘ um ein reales oder ein eher rhetorisches Phänomen handelte.[85] Ein Schreiben des Distriktsvorstehers Heinrich Wilhelm Sondermann vom 1. Juni 1837 und der Bericht der Stadt an die Bezirksregierung vom 20. September 1837 erwähnen jedoch ein Syndikat lokaler Holzhändler, das sich verabredet habe, nie mehr als zwei Schiffsladungen Holz gleichzeitig in die Stadt zu liefern bzw. immer erst wieder Holz in die Stadt zu bringen, wenn die vorherige Lieferung vollständig verkauft war. Offensichtlich hatten diese Praktiken erhebliche Mitschuld an den Preissteigerungen.[86] Auch die im Intelligenzblatt für den Regenkreis dokumentierten, stark schwankenden Handelsvolumina (siehe Abb. 1) unterstreichen diesen Eindruck.

In den späten 1830er Jahren hatten die Holzpreise auch in Regensburg ein Niveau erreicht, dem die lokalen Behörden mit Sorge gegenüberstanden (siehe Abb. 2). Der Magistratsbericht an die Bezirksregierung vom 20. September 1837 birgt hierzu

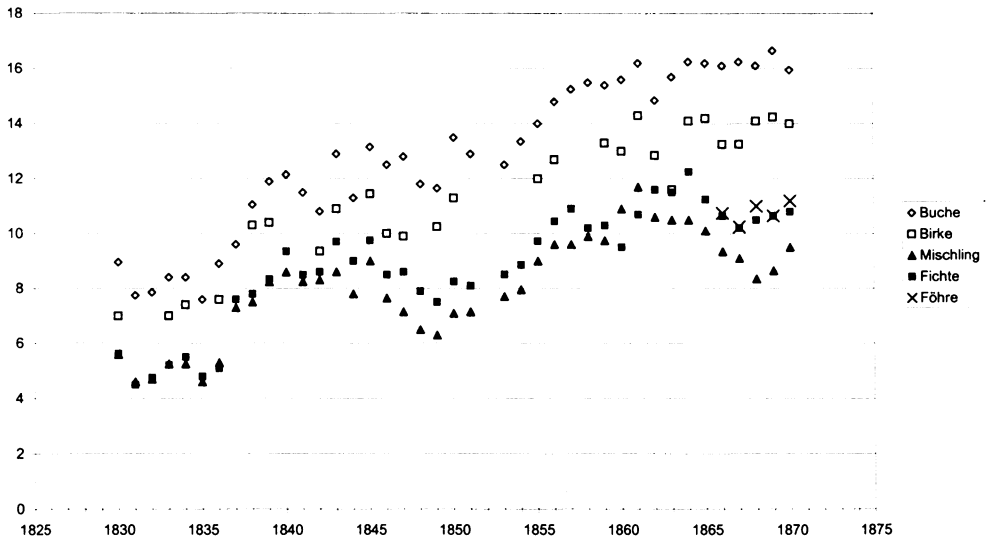
[84] Regierung des Regenkreises, Kammer des Inneren, an Magistrat von Regensburg, Regensburg, 4. September 1837, StadtAR ZR-I 8107.

[85] Vgl. die Definition bei Christoph Ernst, Den Wald entwickeln. Ein Politik- und Konfliktfeld in Hunsrück und Eifel im 18. Jahrhundert (Ancien Régime, Aufklärung, Revolution 32), München 2000, 327.

[86] „Vorschlag“ des Distriktvorstehers Heinrich Wilhelm Sondermann an den Magistrat zur Holzteuerung, Regensburg, 1. Juni 1837, StadtAR ZR-I 8107.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0172-3
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Abb. 2:
Entwicklung der Regensburger Brennholzpreise der ersten Novemberwoche nach den Intelligenzblättern für den Regenkreis/Oberpfalz (1830–1870)
(Angaben in Gulden)



wichtige Informationen.[87] Zum einen versuchten Regensburgs Behörden tatsächlich, der Brennholzknappheit durch die Verwendung von Substituten und energiesparenden Technologien zu begegnen. Der Bericht erwähnt, dass der Magistrat und der Armenpflegschaftsrat 100.000 Stück Torf in Neuburg/Donau angekauft hätten, wovon 12.000 Stück in einem ersten Transport bereits geliefert worden seien. Zwar gab man an, dass auf städtischem Territorium nicht mit Kohlevorkommen zu rechnen sei, man verwies aber auf die private Initiative einer Braunkohlenzeche („Schenk uns Glück") bei Kneiting, die freilich bislang für die Teilhaber verlustbringend sei. Man habe mit der Eröffnung einer zweiten Holzlände am Unteren Wöhrd und mit der Werbung für die Beschickung dieser im Bayerischen Wald keine Erfolge erzielt. In den Armenanstalten seien „große holzfressende Kachelöfen durch gusseiserne Circular-Öfen" ersetzt worden. Sparöfen und Sparherde fänden immer weitere Verbreitung „im Publikum". Einzig die Idee der Einführung öffentlicher Gemeinschaftsbacköfen für die Bäcker wird in dem Bericht als unpraktikabel verworfen.

Doch der Magistratsbericht dokumentiert auch den anhaltenden Dissens zwischen Stadt und Staat, was den staatlichen Einfluss auf die städtische Holzversorgung und seine diesbezügliche Verantwortung betrifft. Denn neben der Spekulation durch lokale Händler listet der Bericht eine Reihe weiterer Gründe für die Preissteigerungen auf, die in Beziehung zur staatlichen Politik standen: die schon angesprochene reduzierte Holzproduktion in den Staatswäldern nach den Windbrüchen der frühen 1830er, der Holzbedarf der Ziegelöfen in Ingolstadt, wo der

[87] Bericht des Regensburger Magistrats an die Regierung des Regenkreises, Kammer des Inneren, Regensburg, 20. September 1837, StadtAR ZR-I 8107.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0173-9
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Staat große militärische Anlagen baute, und schließlich die Spekulation auf die Eröffnung des Ludwig-Donau-Main-Kanals, einem Prestigeprojekt der staatlichen Infrastrukturpolitik. Der Bericht schließt mit einer klar formulierten Forderung: Die Polizei- und Forstbehörden von Kelheim sollten die staatlichen Holzvorräte in eigener Regie nach Regensburg transportieren und dort verkaufen. Dadurch könnten sie den lokalen Verbrauchern „die wahren Holzpreise" und „den Holzhändlern so Schranken aufzeigen". Die mangelnde Konsistenz der staatlichen Politik zeigt sich in der fortdauernden Diskussion um die Anlage eines Regensburger Holzdepots: während die Innenbehörde nicht müde wurde, die Errichtung eines Holzmagazins unter städtischer Regie zu fordern,[88] waren die Forstbehörden in der Region nicht bereit, dabei eine konstruktive Rolle zu spielen; später setzten sie sogar die wegen der Preistreiberei so problematischen Instrumente der Auktion und des Zwischenhandels ein, um ihren Profit zu steigern.[89]

6. Stadt und Holz

Der Bericht des Magistrats von 1837 weist darauf hin, dass der Holzverbrauch auch aufgrund der zunehmenden Zahl von Gewerbebetrieben in der Stadt zugenommen habe. Als solche wurden etwa eine Zuckerfabrik, eine Dampfschiffwerft, eine Porzellanfabrik und eine Bleistiftfabrik genannt. Doch Regensburg hatte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht denselben Anteil am Industrialisierungsprozess wie andere süddeutsche Städte und fiel auch in Bezug auf demographische Entwicklung, wirtschaftliches Wachstum und Urbanisierung hinter diesen zurück. Der Wirtschaftshistoriker Karl-Heinz Preißer charakterisierte die industrielle Entwicklung der Oberpfalz – einschließlich Regensburgs – als „zurückbleibende Industrialisierung".[90] Noch im Jahr 1861 arbeiteten im Regensburger produzierenden Gewerbe ganze 13 Dampfmaschinen mit insgesamt 56 PS.[91] Anders als die bayerische Hauptstadt München oder die fränkische Metropole Nürnberg, wo sich die Bevölkerungszahl in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verdoppelte, erlebte Regensburg einen nur moderaten Anstieg. Zwischen 1812 und 1852 wuchs die Bevölkerung hier von 18.374 auf 25.898 Einwohner an.[92]

[88] Regierung des Regenkreises, Kammer des Inneren, an den Magistrat von Regensburg, Regensburg, 12. Juni 1841, StadtAR ZR-I 8107.

[89] Forstamt Neustadt an den Magistrat von Regensburg, Geisenfeld, 18. Mai 1838; Forstamt Kelheim an den Magistrat von Regensburg, Kelheim, 12. Juni 1838; Forstamt Burglengenfeld an den Magistrat von Regensburg, 23. November 1838, StadtAR ZR-I 8107.

[90] Karl-Heinz PREISSER, Wirtschaftliche Entwicklung einer Region. Die Oberpfalz im 19. Jahrhundert, Weiden-Regensburg 1999, 21 f. Preißer analysiert die wirtschaftliche Entwicklung der Oberpfalz im 19. Jahrhundert anhand von Kennzeichen wie Anzahl, Größe und technischem Standard der Betriebe, regionaler Gewerbestruktur, Produktivität und überregionaler Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Gewerbe, demographischer Entwicklung sowie der Investitionsquote. Auf der Basis seiner Daten argumentiert er, dass sich für diese Region eine im Vergleich zu anderen Regionen „zurückbleibende Industrialisierung" nachweisen lasse und dass hier im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts schlechte Rahmenbedingungen für einen industriellen „take-off" bestanden hätten.

[91] Gewerbestatistik für den Zollverein, vorgelegt durch den Regensburger Magistrat 9. Oktober 1861, StadtAR ZR-I 5406.

[92] Edward L. SHORTER, Social Change and Social Policy in Bavaria 1800–1860, Cambridge, MA, 1967, 807. Shorter gibt für denselben Zeitraum ein Bevölkerungswachstum von etwa 63.000 auf 127.385 Einwohner in München und von etwa 27.000 auf 53.638 in Nürnberg an.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0174-5
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Ein Vergleich von Regensburgs Brennholzverbrauch im späten 18. Jahrhundert mit dem in den 1830er Jahren zeigt eine bemerkenswerte Stabilität auf: Nach bayerischen Angaben importierte die Freie Reichsstadt im Jahr 1770 25.656 Klafter Brennholz, 19.198 ½ Klafter davon aus Bayern und 6.458 ½ Klafter aus anderen Territorien.[93] 5.628 Klafter von dem aus Bayern gelieferten Holz wurden im Bayerischen Wald geschlagen und den Regen hinab getriftet.[94] Aufgrund der anhaltenden Diskussionen um die Errichtung eines städtischen Holzmagazins in den 1830er Jahren erhob man auch im Jahr 1837 wieder Daten. Der Magistrat hatte genaue Aufstellungen darüber gesammelt, wie viel Brennholz von privaten Haushalten, Handwerkern und Großbetrieben, Behörden und Schulen benötigt wurde. Er kam zu dem Schluss, dass die Stadt – ohne den Thurn und Taxis'schen Hof[95] – einen Brennholzbedarf von insgesamt 27.491 Klafter hatte.[96] Davon wurden 7.503 Klafter von Brauereien und Großbetrieben sowie 918 Klafter von öffentlichen Stellen und sozialen Einrichtungen konsumiert. Dies stellte verglichen mit den im Jahre 1770 dokumentierten Mengen keinen besonders hohen Anstieg dar.

Durch die verzögerte wirtschaftliche und demographische Entwicklung Regensburgs mag die städtische Holzversorgung während der ersten drei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts nicht dieselbe zentrale und kritische Rolle gespielt haben wie die in anderen Städten und Regionen dieser Zeit. Das Problem der Holzverknappung und der dramatisch steigenden Preise, das in Franken spürbar wurde, nachdem die Errichtung des Zollvereins im Jahr 1834 zu einer Erhöhung der Holzausfuhr ins stärker industrialisierte Rhein-Main-Gebiet und weiter in den Nordwesten geführt hatte,[97] traf Regensburg mit Verzögerung. Nach Aussage des Regensburger Magistrats kam es zunehmend zu Spekulationsgeschäften mit Holz, die durch den Bau des Main-Donau-Kanals angeheizt wurden. Nach Fertigstellung dieses Bauvorhabens im Jahr 1845 war es möglich, große Mengen Holz aus den Kelheimer Wäldern und aus dem Bayerischen Wald nach Westen zu transportieren.[98] Nach Meinung des Distriktsvorstehers Heinrich Wilhelm Sondermann war Spekulation, oder in seinen Worten „Kunst und Wucher", klar der Grund für die steigenden Preise.[99] Aus diesem Grund eröffneten die städtischen Behörden einen (wie schon erwähnt wenig erfolgreichen) zweiten Holzländeplatz auf dem Unteren Wöhrd und intensivierten ein weiteres Mal ihre Planungen für die Errichtung eines städtischen Holzmagazins. Diese Interventionen in den örtlichen Holzhandel sollten die Holzversorgung der Stadt sicherstellen und dazu beitragen akzeptable Preise zu erhalten.

Doch die Holzpolitik des Magistrats hatte ein weiteres Ziel: Die Reduzierung der Feuergefahr durch die Konzentration der Holzlager für private Haushalte, Betriebe und öffentliche Einrichtungen außerhalb der Stadtmauern. Die riesigen Holzmen-

[93] Knoll, Regensburg (wie Anm. 11) 51.

[94] Ebd., S. 53.

[95] Die Rolle des Hauses Thurn & Taxis, das einen großen Teil der zuvor dem Fürstbistum gehörigen Forste erworben hatte, für die städtische Holzversorgung bedarf weiterer Untersuchung.

[96] Bericht an die Regierung des Regenkreises, Kammer des Inneren, Regensburg, 12. Januar 1838, StadtAR ZR-I 8107.

[97] Vgl. Piereth, Mitten im Holze (wie Anm. 5) 141, 148.

[98] Bericht des Regensburger Magistrats an die Regierung des Regenkreises, Kammer des Inneren, Regensburg, 20. September 1837, StadtAR ZR-I 8107.

[99] „Vorschlag" des Distriktvorstehers Heinrich Wilhelm Sondermann an den Magistrat zur Holzteuerung, Regensburg, 1. Juni 1837, StadtAR ZR-I 8107.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0175-1
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

gen, wie sie mitten in der Stadt zum Beispiel in den Höfen der Bäcker lagerten, waren den Verantwortlichen aus nachvollziehbaren Gründen ein Dorn im Auge. Die Stadtväter interessierten sich bei ihren Planungen nicht nur für den eigenen Holzbedarf, sie suchten auch Einsicht in die Erfahrungen anderer Städte, wie diese die Holzversorgung regelten. Man schickte Briefe nach Augsburg, Bamberg, München, Passau, Nürnberg, Würzburg und Mainz und bat die dortigen Obrigkeiten darum, Antworten auf eine Reihe von Fragen zu geben: ob ihre Holzdepots als private oder städtische Unternehmungen organisiert seien; ob sie rein für den Handel oder auch als Lagerstätten konzipiert seien; wie groß ihre Lagerkapazität sei; wie hoch die Gebühren seien, die auf das gelagerte Holz erhoben würden; welche Verwaltungskosten anfielen; ob die Städte in der Lage seien, Spekulationsgeschäfte („Holzwucher") zu unterbinden; schließlich, in welchem Verhältnis die Holzpreise im Depot zu den Preisen im freien Handel stünden.[100] Die unterschiedlichen Antworten darauf zeigen, dass die einzelnen Städte sehr unterschiedliche Strategien gewählt hatten, je nachdem, wie die jeweiligen regionalen natürlichen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen ausgestaltet waren.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es nicht mehr zur Gründung eines regelrechten städtischen Holzmagazins. Die Gründung eines privaten „Holzvereins" nach Mainzer Vorbild scheint ebenfalls wenig Erfolg gehabt zu haben. Aber eine andere Privatinitiative gewann an Bedeutung. Der Kaufmann Simon Maier-Loewi kaufte umfangreiche Waldflächen in der Nähe von Zwiesel. Im Jahr 1840 begann er, Stämme und Scheiter den Regen hinabzutriften. Er setzte sich bei staatlichen Stellen dafür ein, den geplanten Regenausbau zu beschleunigen und bot der Stadt eine Kooperation bei der Organisation der Holztrift und des Verkaufs des Holzes in Regensburg für einen mäßigen Preis an.[101] Maier-Loewis Initiative war Ausgangspunkt einer Blüte der Nutzung des Regens als Triftgewässer in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, ein Umstand, der sich für die städtische Holzversorgung und die Holzpreise in der Stadt als vorteilhaft erwies. Der Staat nahm Baumaßnahmen in Angriff, um den Fluss Regen für die Flößerei und Trift besser zugänglich zu machen (wenngleich man aus Kostengründen auf eine ebenfalls angedachte Schiffbarmachung verzichtete).[102] Im Zusammenspiel mit dem Ludwig-Main-Donau-Kanal, der die Region mit dem holzhungrigen Absatzgebieten Frankens, Hessens und des Rheinlands verband, war mit der Regentrift eine neue Option für die Verwertung der Holzreserven des Bayerischen Waldes eröffnet. Als Ergebnis konnten Maier-Loewi und später andere Kaufleute Holztriften großen Maßstabs auf dem Regen organisieren. Zwischen 1853 und 1862 organisierte die Stadt ihre eigenen Triftkampagnen und schickte Brenn- und Bauholz den Fluss hinab.[103]

Anders als in den frühen 1830er Jahren war die Stadt nun bereit, sich selbst im Holztransport zu engagieren. Auch die Kooperation mit der Staatsforstverwaltung funktionierte hier glänzend: Im Forstamt Zwiesel hatte man durchaus Interesse an

[100] Schreiben des Regensburger Magistrats an die Magistrate der Städte Augsburg, Bamberg, München, Nürnberg, Passau und Würzburg, Regensburg, 20. September 1837; Schreiben des Regensburger Magistrats an den Magistrat von Mainz, Regensburg, 8. Dezember 1837, StadtAR ZR–I 8107.

[101] HAMMER, Holztrift (wie Anm. 14) 82.

[102] Zur Trift und Flößerei auf dem Regen kenntnisreich und mit zahlreichen Fotografien des 19. und frühen 20. Jahrhunderts: Walther ZEITLER, Der Regen als Verkehrsweg, in: DERS., Der Regen. Porträt eines Bayerwaldflusses, Grafenau [1976], 138–177.

[103] HAMMER, Holztrift (wie Anm. 14) 82 f.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0176-7
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

der Abgabe großer Holzmengen – auch zu moderaten Preisen. Man stellte der Stadt Regensburg von 1853 an jährlich rund 3000 Klafter zur Forsttaxe zur Verfügung.[104] Der Regensburger Magistrat ließ sich nicht nur auf dieses Unternehmen ein, er kaufte sogar noch Holz privater Anbieter im freien Handel zu, um das Triftvolumen zu vergrößern. Ein für die Triftorganisation freigestellter staatlicher Förster fungierte als Regensburgs Agent vor Ort. Auf diese Weise kamen im Juni 1853 knapp 5000 Klafter Brennholz in die Stadt. Auf dem Unteren Wöhrd ging nun ein städtischer Holzhof in Betrieb, wo man Brennholz zu Klafterpreisen zwischen 1 fl. 15 x. und 2 fl. 21 x. unterhalb des mittleren Preises im freien Handel abgab.[105] Das umständliche Procedere eines Anlandens des Triftholzes am Regenufer mit anschließender Verladung auf Schiffe für den Weitertransport zum Unteren Wöhrd wurde aufgrund der Erfahrungen der ersten Regietrift bereits im Folgejahr zugunsten eines Holzlagerplatzes am Regen aufgegeben. 1858 errichtete dann der Staat einen großen Triftrechen bei Lappersdorf und legte 1859 in Steinweg einen staatlichen Holzlagerplatz an. Ab 1859 führte die Staatsforstverwaltung selbst große Triftkampagnen, die sog. Aerarialtriften, durch. Im Vorfeld einer jeden Triftsaison, während derer nunmehr tausende Klafter Bloch-, Stamm- und Scheitholz bewegt wurden und zahlreiche Trifthelfer über Wochen hinweg zum Einsatz kamen, legte das Forstamt Zwiesel jeweils die Triftreihenfolge fest, wie im hier abgedruckten Beispiel einer Anzeige des Forstamts Zwiesel im Regensburger Tagblatt vom 5. April 1871 zu lesen:[106]

„Bekanntmachung

(Den Vollzug der Trift- und Floßordnung, hier die Triftreihenfolge pro 1871 betr.)

Vom k. Forstamte Zwiesel wird hiermit die Triftreihenfolge für das Jahr 1871 auf dem Regen in nächststehender Weise festgesetzt, dabei jedoch auf § 4 der revidirten Trift- und Floßordnung für den Regen hingewiesen, wonach es dem Forstamte stets unbenommen bleibt, soweit es ohne Störung und Verzögerung der ursprünglich festgesetzten Reihenfolge möglich ist, zwischen die auf weitere Strecken gehenden Triften kürzere Triften auf leeren Flußstrecken oder Nebengewässern einzuschalten.

1) Die Aerarialscheitholztrift von der Landesgrenze bis Regensburg mit 13.000 Klaftern Scheiterholz.
2) Die Blochholztrift des A. Löwi und M. Brüll aus Regensburg von der Landesgrenze bis Regensburg mit 60.000 Stück.
3) Die Blochholztrift des Ant. Schweitzer aus Regensburg von der Landesgrenze, Regen, und Viechtach bis Regenstauf mit 40.000 Stück.
4) Die Blochholztrift des Jak. Mallmann von Boppard a. R. von der Landesgrenze bis Cham mit 14.600 Stück.

[104] 1853 legte das Finanzministerium noch Wert auf die Feststellung, dass es sich bei der Überlassung von 3000 Klaftern zur Forsttaxe um eine einmalige Begünstigung handle, aus der kein Anspruch für das Folgejahr abgeleitet werden dürfe. Finanzministerium an Regierung von Niederbayern, Kammer der Finanzen, München, 8. Februar 1853, StadtAR ZR-I 8109.

[105] Buche: 11 fl. 12 x. statt 12 fl. 27 x., Fichte: 6 fl. 24 x. statt 8 fl. 45 x.; Bekanntmachung zur Holzabgabe aus dem städtischen Holzhof, Regensburg 19. Juli 1853; Magistrat an Ministerium der Finanzen, Regensburg, 15. Juli 1853, StadtAR ZR-I 1861.

[106] Bekanntmachung des FoA Zwiesel im Regensburger Tagblatt Nr. 95 vom 5. April 1871, StadtAR ZT-I 1871.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0177-2
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

5) Die Blochholztrift des Fz. Freimuth et cons. aus Viechtach von Zwiesel und Regen bis Viechtach und Pulling mit 11.400 Stück.

6) Die Blochholztrift des Jos. Holler et cons. vom Kollersbache bis Zwiesel und Hollersäge mit 8200 Stück.

7) Die Blochholztrift des Fritz Rümmelein aus Regen von Regenhütte und Theresienthal bis Regen mit 6400 Stück.

8) Die Blochholztrift des Jos. Pauli aus Zwiesel vom Kolbersbache bis zur Paulisäge mit 1800 Stück.

9) Die Scheitholztrift des Jos. Pauli aus Zwiesel von der Deffernik bis Ludwigsthal mit 1500 Klaftern Scheitholz.

Die Vorgenannten werden hiemit aufgefordert, ihre Triften rechtzeitig vorzunehmen, und so schleunig als möglich durchzuführen, vor dem Einwurfe aber die betr. Certifikate beim königl. Forstamte Zwiesel sich zu erholen.

Am 1. April 1871 Kgl. Forstamt Zwiesel."

Übrigens ist an der ersten Triftkampagne der Stadt Regensburg im Jahre 1853 das Zusammenspiel der technisch vormoderenen Transportmethode Trift mit moderner Kommunikationstechnik bemerkenswert: In der kritischen Phase kurz vor Ankunft des Triftholzes in Regensburg wurde man von München und Augsburg aus telegraphisch über die Hochwasserentwicklung der oberen Donauzuflüsse informiert.[107]

7. *Rohstoffe und Transportwesen*

Die Untersuchung der Regensburger Holzversorgung stellt einen Punkt ganz klar heraus: Egal, ob man die kurbayerischen Repressalien gegenüber den Regensburger Küfern, Wagnern und Schreinern im 18. Jahrhundert betrachtet, die Erlaubnis seitens der Dalberg-Behörden für einen Donaustaufer Bürger im Jahr 1804, Holzkohle aus den örtlichen Forsten nach Wien zu verschiffen,[108] oder die Arbeit der 1821 in Regensburg errichteten Bleistiftfabrik Rehbach, die in ein globales Netzwerk von Zulieferung (Zedernholz) und Absatz eingebunden war:[109] Die Frage der Holzversorgung ist nie auf einen lokalen Kontext beschränkt. Fragen der regionalen Waldnutzung und Waldentwicklung sind untrennbar verbunden mit denen des regionalen und überregionalen Holzhandels, mit politischen Konstellationen und verkehrstechnischen Entwicklungen. Aus geographischen und politischen Gründen

[107] Transkript des Telegramms Telegraphenvorstand Regierungsrat Dyck an den Magistrat von Regensburg, ab München 18. Juni 1853, 9 Uhr 10 Minuten, an Regensburg 9 Uhr 45 Minuten; Transkript des Telegramms Magistrat von Augsburg an Magistrat von Regensburg, ab Augsburg 18. Juni 1853, 10 Uhr 21 Minuten, an 10 Uhr 45 Minuten, StadtAR ZR-I 8109. Die Stadt dankte ausweislich eines Konzepts wohl wie folgt auf dem Postwege: „(...) Für Ihre freundliche Mitteilung vom 18. d. M., welche uns um so nützlicher war, als wir bey Empfang derselben eben mit der Herüberbringung von 5000 Klafter auf dem Regen hergetrifteten Holzes über die Donau begonnen haben, drücken wir unsern wärmsten Dank aus mit der Bitte, uns auch in der Zukunft auf die drohende Gefahr günstigst aufmerksam zu machen (...)." Konzept, Regensburg, 22. Juni 1853, StadtAR ZR-I 8109.

[108] Beschluss des Landgerichts Donaustauf, 4. Februar 1804, HStA München Th. u. T. Abg. 1974 29/1–13.

[109] Kerstin KELLNBERGER, Die Wirtschaftsentwicklung in Regensburg vom Industrialisierungszeitalter bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929, wirtschaftswiss. Diplomarbeit Universität Regensburg 1992, 93–94.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0178-8
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

hing die Regensburger Holzversorgung lange Zeit stark vom Wassertransport ab. Im 18. Jahrhundert lenkte der Umstand, dass die Donau den wichtigsten Weg für den Export von Holz aus Bayern bildete, das besondere Interesse der kurbayerischen Politik auf die Kontrolle dieser Transportschiene und ihrer Anrainer. Den Vorteilen, die Flüsse als lange Zeit effizienteste Transportwege für Holz boten, stand der enorme Aufwand an Bauholz gegenüber, das man zur Errichtung und Erhaltung von Brücken, Anlandestellen und Uferbefestigungen benötigte.[110] Da die Anlande- und Lagerstätten für Holz notwendigerweise nahe am Fluss gelegen sein mussten, waren sie häufig von Überschwemmungen und Eisgängen betroffen, die das mit großer Mühe gewonnene Holz davonschwemmten. Darüber hinaus hatten Holzhändler unabhängig von der jeweiligen politischen Situation eine wichtige Postition für die Holzversorgung und vor allem für das Preisniveau – und sie missbrauchten diese Position wiederholt.

Auch die Eisenbahn war ein wichtiger Faktor in der Geschichte der Holzversorgung Regensburgs. Der verspätete Anschluss Regensburgs an das Eisenbahnnetz im Jahr 1859 stellte nicht das Ergebnis eines linearen Innovationsprozesses dar, sondern das einer komplexen Entwicklung. Zunächst hatte die Politik des bayerischen Königs Ludwig I. (1825–1848), der die Errichtung von Wasserstraßen vorzog, nämlich eine frühere Anbindung der Region an das Schienennetz verhindert.[111] Das Zusammenspiel von Regentrift und Ludwig-Main-Donau-Kanal machte Regensburg für einige Jahre zum wichtigen Umschlagplatz für Bloch- und Stammholz aus dem Bayerischen Wald, das dort auf Schiffe geladen wurde. Die Stadt verlor diese Stellung mit der Anbindung Chams an die Bahnlinie Schwandorf–Cham. Flößerei und Trift für den Fernhandel fanden nun vermehrt in Cham ihr Ende, stand ab hier doch nun ein Verkehrsmittel zur Verfügung, dessen Transportgeschwindigkeit und Wirtschaftlichkeit der umständliche Wassertransport über Regensburg und den Ludwig-Main-Donaukanal wenig entgegenzusetzen hatte.[112] Auf der Donau wurden gewaltige Mengen an Holz, die für den Bau des österreichischen Schienennetzes benötigt wurden, nach Österreich geflößt.[113] Später veränderten der Ausbau des Dampfschiffverkehrs auf der Donau, der den Transport auch flussaufwärts ermöglichte,

[110] Die „Allgemeine Darstellung der Verhältnisse der Stadt Regensburg, deren Statuswesen 1803," StA Amberg Fsm. Regensburg Geh. Kanzlei 254, beschreibt dieses Problemfeld als schwere wirtschaftliche Bürde für das Bauamt der Stadt.

[111] Bekanntermaßen favorisierte König Ludwig I. den Ausbau der Binnenschiffahrt gegenüber der Entwicklung der Eisenbahn. In einem Signat Ludwigs vom 18. Mai 1829 heißt es: „Mir scheint nicht nur geeignet dass zwischen München u. der Donau ein Canal gezogen werde sondern gleichfals zwischen der Donau u. dem Maine. Nach Jahrhunderten kann ein Canal leicht hergestellt, eine Eisenbahn hingegen schnell zernichtet werden.", zit. nach: Stephan DEUTINGER, Bayerns Weg zur Eisenbahn. Joseph von Baader und die Frühzeit der Eisenbahn in Bayern 1800 bis 1835, St. Ottilien 1997, 227.

[112] HAMMER, Holztrift (wie Anm. 14) 87.

[113] PIERETH, Mitten im Holze (wie Anm. 5) 148, Anm. 32, führt einen Bericht des Münchners Magistrats an die Regierung des Isarkreises, Kammer des Inneren vom 11. August 1837 an, der unter den preistreibenden Faktoren beim Holz aufführt: „[Es] ziehen heuer – besonders zur Anlage der Eisenbahnen in Österreich – eine solche Quantität von Baumstammen rsp. Flößen auf der Isar nach Wien, wie es seit dem Jahre des Wiener Congresses nicht mehr der Fall war." Die bayerische Staatsforstverwaltung schätzte 1844 die jährliche Größenordnung des Holzexports, der die Grenze bei Passau passiere, um in Linz, Wien, Pressburg, Pest und Ofen auf den Markt zu kommen, auf 10.000 Schiffslasten (= 37½ Zoll-Zentner oder 75 preuß. Kubikfuß) Bau-, Nutz- und Werkholz einschließlich Sägwaren und 36.000 Klafter Brennholz; Forstverwal-

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0179-6
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Regensburgs Anschluss an das Schienennetz sowie der Zusammenschluss der bayerischen und böhmischen Eisenbahnen im Jahr 1862 die Rahmenbedingungen für die städtische Holzversorgung ebenso wie die Handelsbeziehungen der Stadt im Allgemeinen. Importe von billiger böhmischer Steinkohle und von Bauholz aus Südosteuropa erreichten nun die Region. Abgesehen davon blieb jedoch die Versorgung mit Holz aus der Region, das per Trift und Flößerei auf dem Regen nach Regensburg gelangte, ein wichtiger Bestandteil der städtischen Holzversorgung bis in das 20. Jahrhundert hinein. Die holzverarbeitende Industrie wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein zentrales Element der regionalen industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung.[114]

8. Schluss

Historisch betrachtet, war die Holzversorgung Regensburgs stets Bestandteil eines komplexen sozialen, wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Beziehungsgefüges. Die Problematik umfasst Aspekte der Kommunalpolitik, der regionalen Waldnutzung und -entwicklung, der Politik des die Stadt umschließenden Territorialstaates, des regionalen und überregionalen Holzhandels und Holztransports. Die Stadtentwicklung im späten 18. und 19. Jahrhundert wurde von einem fundamentalen politischen, sozialen und ökonomischen Wandlungsprozess geprägt, der nicht nur Gesellschaft und Wirtschaft in Europa entscheidend beeinflusste, sondern – und dies ist ein entscheidender Punkt in Bezug auf die Umweltgeschichte – ein auf fossilen, nicht erneuerbaren Rohstoffen basiertes Energieregime einführte. Die Art und Weise, wie die städtischen Amtsträger die Versorgung mit Holz als wichtigem Brenn-, Bau- und Werkstoff organisierten, muss in diesem spezifischen Kontext diskutiert werden. Kommt die Problematik der städtischen Holzversorgung als Indikator für eine Übergangszeit, eine „Sattelzeit", in der städtischen Umweltgeschichte in Frage? Die Entwicklung der Regensburger Holzversorgung, wie sie in diesem Aufsatz analysiert worden ist, scheint mir ein passendes Beispiel, um diese Annahme zu stützen.

Die Untersuchung der Regensburger Holzversorgung bestätigt auch die These des Technik- und Umwelthistorikers Günter Bayerl, dass die der Menschen im Europa des 18. Jahrhunderts eine zunehmend utilitaristische Einstellung gegenüber der Natur entwickelt hätten, wodurch die mentale Basis für eine neue Dimension der industriellen Ausbeutung natürlicher Ressourcen im 19. und 20. Jahrhundert erst geschaffen worden sei.

Der Prozess der Kommerzialisierung von Wald und Holz bestimmte die Politik des bayerischen Staates im ausgehenden Ancien Régime ebenso wie diejenige im Dalberg'schen Fürstentum und im bayerischen Königreich des 19. Jahrhunderts.[115] Regensburg, das seine politische Eigenständigkeit im 19. Jahrhundert verloren hatte,

tung Bayerns, München 1844, 127 f. Zur Rolle der Industrialisierung – vor allem des Eisenbahnbaus und des Kohleabbaus – für die Holznachfrage vgl. Bernd-Stefan GREWE, Das Ende der Nachhaltigkeit? Wald und Industrialisierung im 19. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 43 (2003) 72–78.

[114] HAMMER, Holztrift (wie Anm. 14) 87–91.

[115] GREWE, Ende der Nachhaltigkeit (wie Anm. 113) 68–70, weist auf die wirtschaftliche Bedeutung der Forstwirtschaft für die Staatsfinanzen im frühen 19. Jahrhundert und auf die sozialen Konflikte hin, die durch die Vertreibung der bisherigen Waldnutzer aus den Wäldern entstanden.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0180-8
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

forderte vom Staat die Erfüllung vermeintlich traditioneller staatlicher Pflichten in der Holzversorgung der Stadt ein. Es traf jedoch auf einen bayerischen Staat, der weit größere Schwierigkeiten als das kurzlebige Dalberg-Fürstentum hatte, die soziale Verantwortung gegen die wirtschaftlichen Interessen abzuwägen, die sich beide aus dem Besitz von Wald ableiteten. Weder der Staat noch die städtischen Obrigkeiten schafften es, eine konsistente Strategie im Spannungsfeld zwischen interventionistischen und marktwirtschaftlichen Optionen zu entwickeln.[116]

Allgemein kann die Geschichte der Regensburger Holzversorgung als ein Ringen zwischen dem Verlangen nach Bewahrung und Stabilität einerseits und der Notwendigkeit von Veränderungen und Innovation auf der anderen Seite interpretiert werden. Genau zu der Zeit, als für den Ausbau des österreichischen Schienennetzes enorme Mengen an Holz gebraucht wurden, die zum großen Teil über die Donau aus Bayern ausgeführt wurden, sorgten die romantische Abneigung König Ludwigs I. gegen Eisenbahnen und seine Präferenz für den Bau des Main-Donau-Kanals dafür, dass der Anschluss Regensburgs an das Schienennetz sich um ein oder zwei Jahrzehnte verzögerte. Auf der anderen Seite basierte die höchst erfolgreiche privatwirtschaftliche Initiative Simon Maier-Loewis Mitte des 19. Jahrhunderts auf einer eher konventionellen Transportmethode: der Trift von Holz, das im Bayerischen Wald geschlagen worden war, auf dem Regen. Die anfängliche Weigerung des Magistrats, mit Maier-Loewi zusammenzuarbeiten, muss im selben Kontext gesehen werden, wie der lange andauernde Streit über die Errichtung eines Holzmagazins: Sie dokumentiert die Schwierigkeiten, die die ‚traditionelle' Kommunalpolitik mit der Bewältigung neuer Bedingungen in der Rohstoffversorgung hatte.

Wie jede Stadt hat Regensburg seit dem Mittelalter weit über seinen unmittelbaren politischen Herrschaftsbereich hinaus seinen „ökologischen Fußabdruck" hinterlassen.[117] Der Umstand, dass die Gebiete, aus denen die Stadt ihr Holz bezog, nicht unter der Kontrolle der Stadt und ihres Ressourcenmanagements standen, hatte zur Folge, dass die städtische Holzversorgung stets dem Einfluss externer Faktoren ausgesetzt war. Diese Rahmenbedingungen unterschieden sich von denjenigen, die für die Holzversorgung anderer Städte vorzufinden waren. Eine vergleichende Studie über die Problematik der städtischen Holzversorgung würde sehr wahrscheinlich zeigen, dass die Versorgung einer Stadt mit natürlichen Ressourcen eine zentrale Rolle dabei spielt, wie diese Stadt ihre Beziehungen zu ihrer natürlichen Umwelt unter sich verändernden politischen, ökonomischen und demographischen Rahmenbedingungen ausgestaltet. Die städtische Holzversorgung am Beginn des modernen Zeitalters, im Aufbruch zur „vernetzten Stadt",[118] stellt deshalb ein höchst attraktives umwelthistorisches Thema dar.

[116] Dirk van Laak spricht von einem tendenziell wachsenden Interventionismus von Seiten des Staates und der Kommunen in den Städten des 19. Jahrhunderts. Er sieht in der Sozialpolitik und dem Ausbau der Infrastruktur die beiden Pole der staatlichen und kommunalen Reaktion auf die Probleme, die durch Verstädterung und Industriekapitalismus entstanden seien; Dirk VAN LAAK, Der Begriff ‚Infrastruktur' und was er vor seiner Erfindung besagte, in: Archiv für Begriffsgeschichte 41 (1999) 292–295.

[117] Vgl. William E. REES - Mathis WACKERNAGEL, Unser ökologischer Fußabdruck. Wie der Mensch Einfluss auf die Umwelt nimmt, Basel u. a. 1997.

[118] Vgl. Joel TARR - Gabriel DUPUY (Hg.), Technology and the Rise of the Networked City in Europe and America, Philadelphia 1988.

Universitätsbibliothek Regensburg
urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0181-3
Historischer Verein für Oberpfalz und Regensburg

Universitätsbibliothek
Regensburg

urn:nbn:de:bvb:355-ubr01741-0182-9

Historischer Verein für
Oberpfalz und Regensburg